Auszug aus dem *Lettre*-Newsletter vom 9.12.2021

(Lettre aktuell 4/2021 – Lettre International 135 / Neue Ausgabe)

STAATSPRESSE ODER PRESSEFREIHEIT

Hintergründe und Dokumentation der Auseinandersetzung von *Lettre International* in den Jahren 2020/2021 mit der Staatsministerin für Kultur und Medien (BKM), dem Auswärtigen Amt (AA) sowie den institutionellen Herausgebern staatlich subventionierter Kulturperiodika
Öffentliche Erklärung von *Lettre International* zu den Konflikten und juristischen Auseinandersetzungen um die Frage der rechtswidrigen Staatssubventionierung von Kulturperiodika sowie Ankündigung und Begründung einer auf dem [hier](#) dokumentierten Rechtsgutachten gestützten Klage von *Lettre International*.

**Wir bitten insbesondere journalistische Beobachter um Beachtung
(Kontakt: lettre@lettre.de).**

INHALTSVERZEICHNIS

Vorgeschichte Entwicklung der Kulturförderung
Der staatssubventionierte kulturpublizistische Sektor wächst
Die Pandemiesituation
Lettre / BKM – Rekapitulation und Überlegungen
Ultima ratio

VORGESCHICHTE

Als die deutsche Ausgabe von *Lettre International* im Mai 1988 das Licht der Welt erblickte, gab es bereits Versionen der Vierteljahrszeitschrift in französischer (gegründet 1984), italienischer (1985) und spanischer (1986) Sprache. Die Zeitschrift verstand sich als internationale, interdisziplinäre, intellektuelle Publikation und wollte den kulturellen und politischen Wahrnehmungs-, Erfahrungs- und Verständigungsraum grenzüberschreitend erweitern. Redaktionen in verschiedenen Hauptstädten und Sprachbereichen arbeiteten eng zusammen, tauschten Ideen und Vorschläge aus,

vermittelten Kontakte zu Autoren und Künstlern, diskutierten über Sprach- und Ländergrenzen hinweg gemeinsame Anliegen. Man wollte die Fenster öffnen, dem Provinzialismus der großen Kulturen entgegenwirken, sich „mit den Augen anderer sehen“, Dialoge über die politisch-militärischen Grenzen Europas hinweg ermöglichen und gleichzeitig weltoffen agieren. Man wollte die interessantesten Autoren und Künstler, Texte und Bilder in mehreren Sprachkreisen in Umlauf bringen, Originalstimmen in Übersetzungen vernehmbar machen. Texte internationaler Herkunft sollten Vorrang vor Beiträgen aus der eigenen Sprache haben, Übersetzungen in literarischer Qualität die Norm darstellen. Dieses neue, mit seiner radikalen Internationalität bahnbrechende Konzept war auch gedacht als Beitrag zur Bereicherung und Intensivierung der Diskussionen über die Zukunft Europas.

Nun galt es, Unterstützung für eine deutschsprachige Erweiterung dieses innovativen europäischen Zeitschriftenprojekts zu finden. Doch alle Hoffnungen der Gründungszeit, daß das Bestreben, zur Herausbildung einer europäischen Öffentlichkeit beizutragen, in Zeiten der Umbrüche (Umgestaltung und Auflösung des sowjetischen Imperiums, Demokratiebewegungen in Osteuropa, Ende der Blockkonfrontation, Globalisierung) und Neugestaltung der politischen Landschaften auf politische Unterstützung bei europafreundlichen Politikern treffen könnte, erwiesen sich als verfehlt.

Bald wurde klar, daß das radikal pluralistische, unideologische und freimütige Konzept der Zeitschrift, die auch Dissidenten und intellektuellen Freigeistern eine Plattform bot, unerwartet viele Gegner auf den Plan rief, welchen die politische Unüberschaubarkeit und das Überraschungspotential der Zeitschrift nicht behagte. Einflußreiche Politiker befanden, die Zeitschrift stifte zu viel Unruhe. Besorgte Vertreter des Status quo, Politiker und Leiter von Kulturinstitutionen verweigerten jegliche Unterstützung. Zu unkalkulierbar war die radikale Offenheit dieses Sprach- und Denkgeschehens. Unabhängige Diskurse, eine unberechenbare Urteilsbildung gehörten nicht zum Horizont des Wünschbaren.

Eine unabhängige Publikation mit dichter Kommunikation und kreativer Kooperation zwischen Redakteuren, Künstlern, Autoren, Übersetzern über Grenzen hinweg, ein unbeaufsichtigtes Laboratorium voller ungewohnter Ideen und Entdeckungen, Beobachtungen und Analysen, paßte nicht zu einer Kulturpolitik, die sich verbal zwar gerne mit Großvokabeln schmückte („Leuchttürme“) und weite Horizonte als Sehnsuchtsziele ausgab („Herausbildung einer europäischen Öffentlichkeit“, „transkulturelle Verständigung“), jedoch keineswegs gewillt war, sich die aktive Beförderung unkontrollierbarer Neugier, Wahrnehmung und Reflexion zur Aufgabe zu

machen. Und so traf *Lettre International* mit dem damals bahnbrechenden Projekt seitens der Politik weitgehend auf Ignoranz, Desinteresse und Zurückweisung.

Wiederholte Versuche, dauerhafte Unterstützung durch öffentliche Etats (bei Kulturinstitutionen der Städte, Länder, des Bundes, Literaturverantwortlichen, Übersetzungsförderung usw.) zu finden, zumindest für die notwendigerweise erheblichen Übersetzungsaufwendungen, waren vergebens. Und so hat die deutsche Ausgabe der Zeitschrift seit ihrer Gründung 1988 bis heute so gut wie keine öffentlichen Kultur- oder Literatursubventionen erhalten – mit Ausnahme zweier Zuwendungen des *Deutschen Literaturfonds* in Darmstadt 1991 und 2014 zur Finanzierung von Autoren- und Übersetzerhonoraren einzelner Hefte sowie eines Zuschusses zu einem zweisprachigen Themenheft zur Belagerung Sarajevos im Jahr 1995.

Bis Mitte der 1990er Jahre erlebte diese Idee einer weltoffenen europäischen intellektuellen Zeitschrift dennoch begeisterte Reaktionen und Anerkennung in intellektuellen, kulturellen, literarischen, akademischen, journalistischen und verlegerischen Kreisen. Das multilinguale *Lettre*-Netzwerk entwickelte sich nach dem Ende des Eisernen Vorhangs 1989 zu einer Allianz von bis zu 13 eng verbundenen, in den jeweiligen Landessprachen erscheinenden Vierteljahreszeitschriften. (Bis Mitte der 1990er Jahre erschien *Lettre* gleichzeitig in den Sprachen Französisch, Italienisch, Spanisch, Deutsch, Tschechisch, Polnisch, Ungarisch, Rumänisch, Bulgarisch, Kroatisch, Serbisch, Russisch sowie Dänisch/Schwedisch).

Trotz einer wohlfeilen und ubiquitären Europarhetorik gelang es auch auf europäischer Ebene und bei europäischen Institutionen niemals, tatkräftige ökonomische Unterstützung zu erwirken. Dies führte bald dazu, daß etliche der von insgesamt mehr als 100.000 Lesern in Europa rezipierten *Lettre*-Ausgaben aus wirtschaftlichen Gründen wieder aufgeben mußten. Einige Ausgaben konnten mit Hilfe von Anbindungen an Stiftungen oder punktueller Förderung weiterbestehen.

Der deutschen Ausgabe von *Lettre International* gelang es, unter schwierigsten Bedingungen, mit minimalen Mitteln und mit Hilfe zweier Künstlereditionen auf eigene Faust zu überleben. Dies gelang trotz Armutsökonomie und permanenter Existenzgefährdung durch eine Kombination aus Arbeit, Askese, Beharrlichkeit sowie der Sympathie und dem Engagement von Lesern, Abonnenten und Anzeigenkunden, Autoren und Künstlern.

ENTWICKLUNG DER KULTURFÖRDERUNG

Mußten Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre unabhängige Kulturinitiativen – ob Theater, Musik, Tanz oder Literatur – bei politischen Institutionen und Akteuren zumeist als Bittsteller auftreten, um auch nur minimale finanzielle Unterstützung von öffentlichen Einrichtungen zu erhalten (eine „Staatsministerin für Kultur und Medien“ gab es noch nicht, das Thema Kultur war auf Bundesebene beim Innenministerium angesiedelt), so änderte sich dies mit den großen ost-west-europäischen Umbrüchen und der deutschen Einheit 1989/1990. Der starke Druck der unabhängigen Kulturszene auf die Politik, den Kultursektor entschieden zu unterstützen, wuchs allseits. Überdies erkannte die Politik langsam, daß den weitverbreiteten Befürchtungen des Auslands, mit der neuen Rolle Deutschlands in einem veränderten Europa und der deutschen Wiedervereinigung könne womöglich ein neu erstarkender deutscher Nationalismus einhergehen, auch mittels Kulturpolitik entgegengewirkt werden könnte. 1989 wurde die Berliner „Kongreßhalle“ zum „Haus der Kulturen der Welt“ umgewidmet, das Weltoffenheit und Sensibilität für andere Kulturen symbolisieren sollte. Im Verlauf der 1990er Jahre wurde Kulturpolitik zum expansiven Politikfeld und mit der Schaffung und Erweiterung nationaler („Deutsches Historisches Museum“, „Bundeskunsthalle Bonn“, „Staatsoper Berlin“, Fusion der „Akademien der Künste“ Ost und West in Berlin 1993, Gründung von „Kulturprojekte Berlin“ 2006, Verstärkung des „Goethe-Instituts“, des „DAAD“ usw.) sowie länderspezifischer und lokaler Institutionen (30 Literaturhäuser gibt es, fast alle nach 1989 gegründet) ein dichter werdendes Geflecht literarischer, künstlerischer, kultureller und kulturpolitischer Institutionen geschaffen.

Kulturfonds wurden auf Länderebene (Berliner „Hauptstadtkulturfonds“, 1999) und Bundesebene („Bundeskulturstiftung“, 2002) eingerichtet, mit starken Etats und Personal ausgestattet und professionalisiert. Mit der Schaffung dieser Institutionen einher ging die Etablierung einer bis dato ungekannten Management- und Verwaltungsarchitektur. Ein Point of no Return dieses Prozesses war die Etablierung einer Regierungsbehörde mit einem „Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien“ (BKM) durch die Regierung Schröder im Jahre 1998 mit einem bis heute stetig wachsenden Etat und Personalbestand (heute 390 Mitarbeiter).

Dieses Institutionengefüge ermöglichte es Kulturmanagern fortan, in recht ungefährdeten Hierarchien zu arbeiten, die Festanstellungen, Karrierechancen und attraktive Gehälter boten. Es bildete sich eine wachsende Schicht von Kulturfunktionären heraus, die eine Art beamtenähnlichen Status genießen konnten.

Nicht wenige Beteiligte wechselten von der unabhängigen Kultur und Kunst in die öffentlich finanzierte Verwaltung ebenjener. Nun waren sie nicht länger Vertreter unabhängiger Kulturinitiativen, sondern Organisatoren und Vermittler zwischen unabhängiger Kultur und Staat, wobei ihre Reproduktionsbasis im Konfliktfall die Loyalität gegenüber dem Arbeitgeber bestärkte.

Verantwortliche Funktionen in solchen neuen Institutionen wurden kaum in transparenten Verfahren verteilt und Spitzenpositionen nicht selten zeitlich de facto auf Dauer besetzt. Von öffentlichen Diskussionen und Evaluierungen erbrachter oder nicht erbrachter Leistungen nach expliziten Erfolgskriterien hört man wenig, regelmäßige Wechsel in Führungspositionen werden kaum vollzogen. Weithin herrscht Kontinuität auf Dauer. De facto wurde mit diesen Vorgängen eine Art Verbeamtung kultureller Spitzenfunktionäre angelegt, und es entstand eine einflußreiche und machtvolle Kaste, die mittels ihrer personellen, räumlichen, organisatorischen und finanziellen Ressourcen das Kulturgesehen in der Praxis an sich binden, es beeinflussen, regulieren und steuern kann. Die meisten dieser kulturpolitischen Institutionen vergrößerten ihre Etats, ihre Spielräume und Handlungssphären stetig weiter; dies auch vermittels stets neuer Verknüpfungen mit anderen staatlichen, semistaatlichen und privaten Behörden, Stiftungen und Unternehmen. So wurden sie zu wichtigen Spielern und Entscheidern über das Kulturgesehen aus dem Hintergrund.

Ein erheblicher Teil des einst freien, unabhängigen kulturellen Lebens wurde so mittels Dauersubventionierung in finanzielle Staatsabhängigkeit überführt. Nachvollziehbare und subkutane Strukturen durchmischen sich dabei. Entscheidungsarchitekturen und -prozeduren, die Kriterien der Subventionierungsbescheide und Zuwendungswege sind der bürgerlichen Neugier weitgehend entzogen. Nur Eingeweihte durchschauen, was sich hinter den vielen Namen und Selbstbeschreibungen der Institutionen verbirgt. Behörden und Institute, Verbände und Verbände, Akademien und Archive, Vereine und Gesellschaften, Kollegs und Stiftungen, das alles und mehr kann für einen tatsächlich staatlichen, halbstaatlichen oder staatsabhängigen Kulturakteur stehen. Die Versuchung liegt nicht fern, diese unüberschaubaren operativen Einheiten als institutionelle Schattenarmee von Staat und Regierung zu betrachten, deren operativer Erfolg in der Zivilgesellschaft mit der Verschleierung ihrer Operationsgrundlagen zunimmt.

DER STAATSSUBVENTIONIERTER KULTURPUBLIZISTISCHER SEKTOR WÄCHST

Mit dem Institutionenwachstum und der Durchdringung der kulturellen Aktivitäten durch staatliche Förderung traten und treten nun auch in stärkerem Maße publizistische

Akteure im politisch-kulturellen und literarisch-kulturellen Kontext in Erscheinung. Man denke beispielsweise an das in Wien mit Geldern der Europäischen Union, des Kanzleramts, des Bürgermeisters und weiterer Spender finanzierte – seit 1998 bestehende – Webportal *Eurozine*, eine Internet-„Zeitschrift“ die im Free-Content-Modus Texte aus ungefähr 80 europäischen Kulturzeitschriften kostenlos in englischer oder deutscher Sprache anbietet. Ein intellektuell-journalistischer „Content“ wird hierbei kostenfrei zugänglich gemacht, unterschwellig suggerierend: „*Hier gibt es das umsonst, wofür Sie anderswo bezahlen müssen. Das Geld für andere Zeitschriften können Sie sich also sparen.*“ Wer dabei genau was und wieviel finanziert, bleibt im Dunkel.

Auffällig und markanter denn je erscheinen die enorm verstärkten publizistischen Aktivitäten des *Auswärtigen Amtes* im Inland. Das zu etwa 90 Prozent vom Außenministerium finanzierte *Institut für Auslandsbeziehungen (ifa)* machte seine deutschsprachige dahindümpelnde einstige Fachpublikation *Zeitschrift für Kulturaustausch* 2006 flott, benannte sie um in *Kulturaustausch*, erweiterte die Redaktion personell erheblich und bestückte das Blatt mit – oft nur mit Kurztexen aufleuchtenden – international prominenten Literaten und Intellektuellen, politischen, Lifestyle- und weiteren angesagten Themen („Langsamkeit“, „Helden“, „Eliten“, „Konsum“, „Berge“, „Selber machen“, „Tindern in Afghanistan“). Gelegentlich veröffentlicht das Blatt des *ifa* sogar Produktanzeigen. *Kulturaustausch* wird als Publikumszeitschrift im allgemeinen Pressevertrieb promoviert und angeboten. Das auf gehobenem Papier viermal im Jahr erscheinende Periodikum wird am Kiosk zum Dumpingpreis von ganzen sieben (7,-) Euro angeboten und damit unter seinem Gestehungspreis. Finanziell besonders undurchsichtig ist diese steuersubventionierte Intervention auf dem Zeitschriftenmarkt durch die Kooperation zwischen *Auswärtigem Amt*, dem *ifa* und einem auf den Vertrieb staatsnaher Zeitschriften spezialisierten privaten Partner-Verlag.

Erstaunliches geschah auch mit der einst stolzen Staatskulturzeitschrift der DDR, die nach der Wiedervereinigung und der deutsch-deutschen Verschmelzung der Ost- mit der Westakademie der Künste auf Initiative des Interims-Akademiepräsidenten Heiner Müller gerettet wurde. Seither wird sie mit Steuergeldern über Wasser gehalten. Dies geschieht seit Jahren über den Etat der *Akademie der Künste*, die ihrerseits mit etwa 22 Millionen jährlich aus dem Etat des BKM finanziert wird. Diese Staatskulturzeitschrift der DDR fungiert nun gewissermaßen als inoffizielle Staatskulturzeitschrift der BRD, ein Kulturorgan der Staatsbehörde *Akademie der Künste*. Nach einigen dezent zurückhaltenden Überlebensjahren unter dem Schock des Wiedervereinigungsschicksals

wurde die Zeitschrift mit der Übernahme durch eine neue Redakteursgruppe aufgefrischt, thematisch erweitert, das Autorenpektrum internationalisierte sich. Schnittflächen mit dem Redaktionsprofil von *Lettre Internationale* wuchsen. Nicht müde der guten Absichten, unternahm es die staatsfinanzierte Zeitschrift, weitere öffentliche Subventionsquellen anzuzapfen, um den eigenen Aktionsspielraum digital zu erweitern. Aus einer DDR-Akademie-Zeitschrift wurde eine am Markt mit subventionierten Niedrigpreisen operierende Staatskulturzeitschrift. Die Konstellation kommt einem nicht unbekannt vor.

Eine weitere Kapriole des neu erwachten exekutiven Eifers, die Präsenz staatsfinanzierter Publikationen zu befördern und die Reichweiten des ministeriellen Einflusses im Kulturbereich zu vergrößern, war 2020 die Etablierung einer Free-Content-Internetplattform namens *LCB diplomatique*, die internationale Korrespondenzen und literarische Reportagen in drei Sprachen (Originalsprache, Englisch, Deutsch) kostenlos online zur Verfügung stellt, sich dabei stolz als journalistischer Akteur qualifiziert und ebenfalls die Botschaft aussendet: „Bei uns gibt es das umsonst, wofür man bei unabhängigen Zeitschriften bezahlen muß.“ Ein entscheidend aus dem Berliner Haushalt gefördertes Literaturhaus fungiert mithilfe regierungssubventionierter literarisch-journalistischen Korrespondenzen als Presseunternehmen. Als Ermöglicher und großzügiger Sponsor gibt sich das *Auswärtige Amt* freimütig zu erkennen.

Als Normalzustand für Kulturpublikationen festzuhalten ist: Während unabhängigen Publikationen jegliche öffentliche Unterstützung verweigert wird, werden staatsabhängige Publikationen in immer stärkerem Maße aus jenen Steuermitteln subventioniert, die unabhängige Zeitschriften bezahlen müssen. Unabhängige Marktteilnehmer müssen zu jenen Subventionen beitragen, mit denen die Dumpingpreise oder die Free-Content-Operationen ihrer staatsfinanzierten Marktkonkurrenten ermöglicht werden. Wirklicher Wettbewerb wird verhindert. Unabhängige Akteure bedrängt und beschädigt. Potentielle neue Marktteilnehmer werden durch die verfestigten Marktprivilegien der subventionierten Titel vom Markt ferngehalten. Die Pervertierung jedes marktwirtschaftlichen Wettbewerbs.

DIE PANDEMIESITUATION

In diesem publizistischen Kontext ungleichen Wettbewerbs konnte sich *Lettre Internationale* über Jahre hinweg unter schwierigsten Umständen behaupten. Im Gefolge der anhaltenden Pandemiekrise geriet die Zeitschrift, wie andere Verlage auch, unter ökonomischen Druck: Die Lockdowns von Theatern, Opernhäusern, Festivals und

Konzerten und anderen kulturellen Veranstaltungsorten zogen starke Anzeigenverluste nach sich, die monatelangen Schließungen von Buchhandlungen und Zeitungsverkaufsstellen, der Einbruch des Reiseverkehrs auf 20 Prozent des Normalniveaus, die geringere Frequentierung der verkaufsstellenreichen Innenstädte führte dazu, daß die Zeitschrift 1.500 bis 2.000 Exemplare pro Ausgabe weniger verkaufte, und dies für einen Zeitraum von mittlerweile fast zwei Jahren. Daraus resultieren Erlösverluste von mehr als 50.000 Euro allein für das Jahr 2020, keine zu vernachlässigende Summe.

Vor dem Hintergrund des Pandemiegeschehens verkündete das BKM im Sommer 2020 stolz das Programm „Neustart Kultur“. Prominenter Bestandteil dieses Programms war es, Verlage für pandemiebedingte Verluste zu kompensieren und ihr Überleben zu sichern. Im Rahmen dieses Corona-Hilfsprogramms (das zusätzlich zu einer regulären Verlagsförderung aufgelegt wurde), in dessen Zusammenhang Buchverlage nach offiziellen Angaben mit 10 Millionen Euro bedacht worden sind, entschloß sich *Lettre International*, bei der Staatsministerin anzufragen, ob auch Verlage von Kulturzeitschriften und also auch *Lettre International* in den Genuß der Lockdown-Kompensationsleistungen von „Neustart Kultur“ einbezogen werden können.

Immerhin habe *Lettre International* seit 33 Jahren Beachtliches für das deutschsprachige kulturelle, intellektuelle und literarische Leben geleistet, nämlich unzählige Autoren, die nunmehr von Buchverlagen veröffentlicht würden, in den deutschen Sprachraum eingeführt, bahnbrechende kulturelle Projekte realisiert und zu einer qualitativen Bereicherung und Diversifizierung des intellektuellen Diskurses und der geistigen Lebendigkeit des kulturellen Lebens beigetragen.

Brief vom 3. September 2020 von *Lettre International* an Kulturstaatsministerin Monika Grütters:

Staatsministerium für Kultur und Medien
Frau Kulturstaatsministerin Monika Grütters
Bundeskanzleramt Willy-Brandt-Str. 1
10557 Berlin

Betrifft: Programm „Neustart Kultur“

Berlin, den 3. September 2020

Verehrte Frau Staatsministerin für Kultur und Medien,

in Reaktion auf die offizielle Bekanntmachung des Programms „Neustart Kultur“ vom 28. August 2020 möchte ich Sie im Namen unserer seit Mai 1988 in Berlin vierteljährlich erscheinenden Kulturzeitschrift *Lettre International* um die Beantwortung einer Kernfrage und einiger sich dieser anschließenden Fragen bitten.

Das Programm „Neustart Kultur“ spricht davon, daß im Zuge der Corona-Krise die Buch- und Verlagsbranche gelitten hat, Produktionsketten unterbrochen wurden, Neuerscheinungen verschoben werden mußten und die Bundesregierung ihren Teil an Unterstützung leisten möchte, damit der Literaturbetrieb wieder Fahrt aufnehmen kann. Von den Fördermaßnahmen soll „*die gesamte Wertschöpfungskette des Literaturbetriebs*“ profitieren, „*von der Agentin, bis zum Autor, dem Grafikdesigner ...*“.

Unsere Kernfrage:

Warum sind aus dieser Förderung regelmäßig erscheinende Literatur- oder Kulturzeitschriften – als sogenannte „*Periodika*“ – vollständig ausgeschlossen? Was ist der substantielle Grund dafür?

Wenn Zeitschriften von dieser Krisenmaßnahme ausgeschlossen sind, dann ist jedenfalls **nicht** „*die gesamte Wertschöpfungskette des gesamten Literaturbetriebs ...*“ mit diesem Programm bedacht, denn zu dieser Wertschöpfungskette gehören zweifellos auch Kulturzeitschriften. Insbesondere unabhängige. Literatur- und Kulturzeitschriften publizieren hochkarätige Literatur, geben bedeutende Impulse verschiedenster Art – Ideen, Konzepte, Dokumente, Quellen, Expertisen, Analysen, historische Aufarbeitungen – für die Buchverlags- und Literaturbranche; sie sind Inspirationsquellen für Dramaturgen und Regisseure, Verleger, Lektoren und Journalisten, Kunst- und Kulturveranstalter aus zahlreichen Sektoren der Kultur. Sie sind Werkstätten der Generierung von Neuem, Instrumente der Öffnung von Perspektiven und kulturellen Horizonten, Sensorien der Wahrnehmung, Laboratorien der Geistesgegenwart, Produktionsapparate für literarische Texte, Katalysatoren diskursiver Abklärung und Verdichtung, Anregungs- und Vitalisierungsmotor für intellektuelle Wachheit und Geistesgegenwart und den „geistigen Handelsverkehr“ sowohl ihrer eigenen Sprachgebiete und Länder als auch für den Gedanken- und Kulturaustausch über Sprach- und Kulturgrenzen hinweg.

Kulturzeitschriften, intellektuelle Publikationen waren und sind insbesondere in Europa ein Elementarbaustein der Öffentlichkeit und seit Jahrhunderten das Ermöglichungsinstrument eines europäischen geistigen Austauschs über Grenzen hinweg. Michel Foucault hat in seinem berühmten Essay zu Immanuel Kants Text *Was ist Aufklärung?* von 1784 Wesentliches dazu gesagt.

Sie sind Wegbereiter, Beförderer und Ferment der vielbeschworenen und immer wieder

prominent vermißten „europäischen Öffentlichkeit“.

Zeitschriften produzieren **Neues** – neue Texte und damit neue Weltbeschreibungen, sie arbeiten an der Fortbildung der Sprache, sie reproduzieren und verbreiten nicht nur bereits Vorhandenes. Historisch und auch heute haben Kulturzeitschriften nicht selten **Pionierarbeit** geleistet. Man denke allein an das literaturhistorische Ereignis der bahnbrechenden Veröffentlichung des bis 1933 in den USA und Großbritannien von der Zensur verbotenen Romans *Ulysses* von James Joyce 1922 zunächst in einer Zeitschrift oder – im Falle von *Lettre International* – die **Einführung bedeutender Autoren** in den deutschen Sprachraum wie z.B. Nicholas Shakespeare (Großbritannien), Slavoj Žižek (Slowenien), Michail Ryklin (Rußland), Liao Yiwu (China), Georges Nivat (Frankreich), Urvashi Butalia (Indien), Paulo Moura (Portugal), Wassili Dimow (Rußland), Leila Guerriero (Argentinien), Lung Ying-tai (Taiwan), Sergio Benvenuto (Italien), Wu Chuntao und Chen Guidi (China), Pico Iyer (USA), Eliot Weinberger (USA), Abdelwahab Meddeb (Tunesien), Philippe Videlier (Frankreich), Abdellah Hammoudi (Marokko), Susana Moreira Marques (Portugal), Suketu Mehta (Indien), William Langewiesche (USA), Mark Danner (USA), Eduardo Berti (Argentinien), Evgen Bavčar (Slowenien), um nur einige unter hunderten weiteren von *Lettre International* in den deutschen Sprachraum eingeführten Autoren und Künstler zu nennen. Zeitschriftenverlage honorieren Autoren und ihre Agenten, bezahlen Übersetzer, Lektoren, Redakteure, Korrektoren, Bildbearbeiter, Illustratoren, Photographen, Künstler, Graphiker, Layouter, Drucker. An ihnen verdienen Buchhandlungen und andere Verkaufsstellen, ganz wie bei einem Buchverlag. Kulturzeitschriften zahlen ebenso Steuern und Abgaben an die *Künstlersozialkasse*.

Nicht selten publizieren Zeitschriften Autoren mit ihren ersten Publikationen oder führen ausländische Autoren, die Buchverlage bis dato nicht entdeckt und veröffentlicht haben, erstmals in den deutschsprachigen Raum ein, die aufgrund dieser Erstpublikationen anschließend von einem Buchverlag entdeckt und unter Vertrag genommen werden.

In Bezug auf die geistige, künstlerische und handwerkliche Qualität, in Bezug auf Anregungspotentiale, Komplexität, Originalität, Schwierigkeitsgrade – künstlerischer und editorischer Art – steht die Arbeit der Zeitschriftenverlage hinter jener der Buchbranche kaum zurück. In mancher Hinsicht ist ihre Arbeit sogar vielschichtiger und anspruchsvoller. Nicht selten ist die durchschnittliche Verbreitung einer Zeitschrift höher als der durchschnittliche Verkauf der Buchauflagen mancher Buchverlage und sie erreicht ein Vielfaches an Lesern.

Allerdings ist die ökonomische Situation der Zeitschriften im Vergleich zu Buchverlagen sehr viel schwieriger und nachteiliger:

- Zeitschriftenverlage kumulieren keine Autoren- und Übersetzerrechte auf Dauer, denn diese fallen nach deutschem **Urheberrecht** für „periodisch erscheinende

Sammelwerke“ nach einem Jahr an ihre Urheber zurück.

- Sie werden bei der Vergabe von **Verlagspreisen** des Staatsministeriums für Kultur grundsätzlich nicht berücksichtigt.
- Sie genießen hinsichtlich Übersetzungen keine **Projektförderung** und keine systematische **Übersetzungsförderung**.
- Ihr Anteil an der **Ausschüttung der VG WORT** wurde seit einigen Jahren tendenziell auf Null gestellt, obwohl ihre Veröffentlichungen in Bibliotheken aller Art in großer Zahl kopiert und vielfach als Unterrichtsmaterial in Universitäten und Schulen benutzt werden.

Unabhängige Kulturzeitschriften und ihre Verlage sind – ökonomisch gesehen – die Parias der öffentlichen Kulturförderung.

Als Gründer der deutschen Ausgabe (im Jahr 1988) der Anfang der neunziger Jahre in 13 europäischen Sprachen erscheinenden europäischen Kulturzeitschrift *Lettre International* Berlin und also mit 32 Jahren Erfahrung in dieser Branche stellen sich mir folgende Fragen:

- Aus welchem Grunde werden die Verlage von Kultur- und Literaturzeitschriften und damit ein Publikum von zehntausenden anspruchsvollen Lesern schon zu normalen Zeiten von fast aller Förderung ausgeschlossen? Der Schlüsselbegriff dafür scheint der des „Periodikums“ zu sein, also das Faktum einer regelmäßig wiederkehrenden Veröffentlichung. Doch warum gilt Periodizität hier als qualitative Differenz, als Ausschlußkriterium? Besagt Periodizität irgendetwas über Substanz und Qualität, über den Wert des Veröffentlichten? Abgesehen davon: Unterliegen nicht auch Buchverlage einer Periodizität, in ihrer Orientierung an Lesegewohnheiten und damit quartalsweise rhythmisierten Buchprogrammen, ganz wie Vierteljahreszeitschriften? Was ist also das Geheimnis der Stigmatisierung von Periodizität als Ausschlußkriterium für Verlagsförderung?
- Und warum werden Kulturzeitschriften **nicht einmal in Ausnahmezeiten** – wie der aktuellen Corona-Krise – von diesbezüglichen Nothilfeprogrammen berücksichtigt, obwohl sie von der Corona-bedingten Schließung von Buchhandlungen und Zeitungsverkaufsstellen in Bahnhöfen und Flughäfen erhebliche Verkaufs- und Einnahmeverluste zu verzeichnen haben? Warum nimmt ein Ministerium für „*Kultur und Medien*“ damit logischerweise in Kauf, daß Kulturzeitschriften in einer solchen Krise zugrunde gehen, während man sich gleichzeitig bereiterklärt, durch das Krisenprogramm die Kosten für „Booklets“ und „Verpackung“ von Hörbüchern, ja sogar „E-Books“ oder „Kalender“ zu finanzieren.
- Nach welchen Kriterien wurden und werden diese Ausschließungsmechanismen etabliert und praktiziert? In welcher Weise trägt dieser Ausschluß von Kultur-Periodika zur

Erhaltung oder Verbesserung des kulturellen Lebens der Bundesrepublik bei? Was ist der Kriterien tieferer Sinn?

- Sind es Kriterien kultureller- und literarischer Leistungen? Zählen Leistungskriterien überhaupt dabei? Wenn ja, welche sind das? Wenn nein, warum nicht? Sind es Maßstäbe ökonomischer Art, und welche? Sind es Maßstäbe der Anerkennung, und wenn ja, bei wem? Spielt Quantität und Qualität der Leserschaft eine Rolle? Warum also wird ein bedeutender Teil des Literatur- und Kulturbetriebs durch die Kulturpolitik der Bundesregierung de facto für irrelevant erklärt, de-thematisiert, geradezu geächtet?

- Wie soll man angesichts dieser kulturpolitischen Position zu einer anderen Schlußfolgerung kommen als der, daß hier eine völlige Verkennung, Desinteresse und Ignoranz gegenüber Kulturzeitschriften als intellektuellen „Leuchttürmen“ und kulturellen Leistungsträgern einer demokratischen Öffentlichkeit und Gesellschaft vorliegt? Oder ist man gar an der Schwächung unabhängiger Zeitschriften interessiert?

Darf ich um eine substantielle und belastbare Begründung für diese grundsätzliche Haltung und Entscheidung bitten?

In Erwartung Ihrer Antwort danke ich Ihnen im Voraus und verbleibe hochachtungsvoll

Frank Berberich

Lettre International Herausgeber und Chefredakteur

Email: redaktion@lettre.de

P.S.

Aus dem Börsenblatt des deutschen Buchhandels, 1. September 2020

Unter dem Titel „Kultur und Medien gemeinsam stark machen“ berichtet das *Börsenblatt* am 01.09.2020 vom Programm der Deutschen EU-Ratspräsidentschaft für die Bereiche Kultur und Medien, darin werden als Absichtserklärungen der deutschen Kulturstaatsministerin zitiert:

„Ein Schwerpunkt ist dabei der **Medienpluralismus**.“

„Deutschland werde mit den EU-Mitgliedsstaaten diskutieren, wie **Qualitätsjournalismus** und **Meinungsfreiheit** besser geschützt werden können.“

„Zugleich sollen **faire Wettbewerbsbedingungen** geschaffen werden.“

„Vieles von dem, was **wir** in den vergangenen Jahrzehnten **im Bereich Kultur und Medien aufgebaut haben**, ist jetzt in Gefahr. Das darf die Politik nicht ignorieren.“

„Lassen Sie uns **Kultur und Medien in Europa gemeinsam wieder stark machen!**“

Eine verwunderliche Entwicklung angesichts der widersprüchlichen Programme innerhalb einer Woche. Man weiß nicht, ist das ein Dokument der Schizophrenie, der Tartüfferie oder agieren im Staatsministerium für Kultur und Medien zwei Gruppen mit völlig divergenten programmatischen Konzepten, die nichts voneinander wissen und in ihrer Zielsetzung höchst gegensätzliche Reden schreiben? Wo findet sich da kulturpolitisch-programmatische Kohärenz?

Nicht einmal eine Woche nach Bekanntmachung des Programms zur Corona-bedingten Verlagsunterstützung vom 28.08.2020 („Neustart Kultur“), in dem, wie dargelegt, Periodika von jeglicher Unterstützung ausgeschlossen werden, postuliert die deutsche Kulturstaatsministerin in Brüssel das Gegenteil: Nun wird die Unterstützung von „Medien“ und „Qualitätsjournalismus“ in den Vordergrund gerückt. Diese spektakulären Absichtserklärungen klingen gut, sind jedoch unglaubwürdig, denn sie sind das Gegenteil dessen, was de facto praktiziert wird. Kulturzeitschriften – also Qualitätsmedien – werden von den Förderprogrammen gegenüber Buchverlagen systematisch diskriminiert. Und das, obwohl es bei Autoren, Qualität und Inhalt keine wesentlichen Unterschiede gibt. Weder wird bislang praktisch oder programmatisch „Qualitätsjournalismus“, noch werden in einem „Medienpluralismus“ „faire Wettbewerbsbedingungen“ gefördert, denn insbesondere die **unabhängigen** Zeitschriften werden im Unterschied zu kontinuierlich **staatsfinanzierten Zeitschriften** von finanziellen Zuwendungen – von singulären und in ihren Entscheidungen intransparenten Zuwendungen abgesehen – systematisch ausgenommen.

Es wird auch davon gesprochen, was „wir [damit kann nur die Regierungspolitik gemeint sein, wenn nicht ein Pluralis Majestatis das grammatische Subjekt ist] in Bereich Kultur und Medien aufgebaut haben.“ Was genau hat denn die Politik im Bereich der unabhängigen Medien „aufgebaut“?

Aus eigener 32jähriger Erfahrung können wir nur konstatieren, daß zum Beispiel bei dem Versuch, eine transnationale, multilinguale, europäische intellektuelle Zeitschrift in verschiedenen europäischen Ländern und Sprachen aufzubauen und auf Dauer zu verankern, öffentliche Unterstützung aus so gut wie allen Ebenen der öffentlichen Kulturpolitik über Jahrzehnte hinweg verweigert wurde. In 32 Jahren Überlebenskampfes hat sich nicht ein einziges Mal ein Politiker auch nur danach erkundigt, woran man arbeitet. Stattdessen wurden und werden mit erheblichen Summen öffentlichen Geldes staatsfinanzierte Konkurrenzpublikationen etabliert und so ein ungleicher Wettbewerb betrieben. Die Politik hat in den letzten 30 Jahren so gut wie nichts dafür getan, eine europäische Öffentlichkeit auf der Basis einer unabhängigen Publizistik zu unterstützen, und von „fairen Wettbewerbsbedingungen“ kann angesichts höchst selektiver Zeitschriftenfinanzierung überhaupt keine Rede sein.

Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten. Der für Kultur und Medien zuständige Referent der Kulturstaatsministerin und Leiter des Referats K 32 – Grundsatzfragen Medien, Medienkompetenz –, Ministerialrat Dr. Oliver Schenk, ließ in seiner Antwort-E-Mail vom 22. September 2020 unmißverständlich verlauten: *Lettre International* sei als Zeitschrift vom Programm „Neustart Kultur“ ausgeschlossen.

E-Mail vom 22. September 2020 von Dr. Schenk (BKM) an *Lettre International*:

Sehr geehrter Herr Berberich,
vielen Dank für Ihr Schreiben an Frau Staatsministerin Prof. Grütters vom 3. September 2020, in dem Sie Fragen zum Förderprogramm für Buchverlage unter "NEUSTART KULTUR" stellen. Sie hat mich gebeten, Ihnen zu antworten.
Ihre Kernfrage bezieht sich auf den Ausschluss von Literatur- oder Kulturzeitschriften von einer Antragsberechtigung. Bei der Konzipierung der Kriterien für das Verlagsförderprogramm wurden Zeitungen und Zeitschriften bewusst ausgenommen, weil die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) keine Presseförderung mit diesem Programm betreiben will. Ich verstehe Ihr Argument, dass Literatur- und Kulturzeitschriften eine Nähe zu literarischen Büchern aufweisen – Sie leisten mit der Zeitschrift *Lettre International* ja auch eine hervorragende Arbeit für das Entdecken, das Verständnis für und die Vermittlung von vielfältigen literarischen Werken und Autoren. Literaturzeitschriften fallen aber eben auch unter den Zeitschriftenbegriff und sind damit (auch) der Presse zuzuordnen. Die Pressefreiheit bedingt das medienrechtliche Prinzip der Staatsferne, aus dem sich ein Gebot der Neutralität und ein Verbot jeglicher Einflussnahme ergeben. Ebenso darf der Staat nicht in den publizistischen Wettbewerb der Presse eingreifen. Eine finanzielle Förderung einzelner Zeitschriften mit öffentlichen Geldern unterläge daher sehr hohen (verfassungsrechtlichen) Hürden und könnte nicht unter denselben Bedingungen wie eine Förderung der Buchbranche abgewickelt werden. Der Bundesregierung ist die Bedeutung von Zeitungen und Zeitschriften für die Medienvielfalt sehr bewusst und die Unterstützung auch dieser Verlage ein wichtiges Anliegen. Der Deutsche Bundestag hat Anfang Juli als Teil des zweiten Nachtragshaushalts 2020 beschlossen, die digitale Transformation des Verlagswesens zur Förderung des Absatzes und der Verbreitung von Abonnementszeitungen, -zeitschriften und Anzeigenblättern mit maximal 220 Millionen Euro zu fördern (<https://www.bundestag.de/hib?url=L3ByZXNzZS9oaWlvNzAzOTc2LTcwMzk3Ng==&mod=mod454590>; siehe fünfter Absatz). Die Förderung soll den Erhalt der Meinungs- und Medienvielfalt und -verbreitung in Deutschland unterstützen und den Journalismus stärken. Die Mittel sind dem Bundeswirtschaftsministerium zugewiesen worden. Daher möchte ich Sie bitten, falls diese Maßnahme für Sie interessant sein sollte, die Internetpräsenz des BMWi zu konsultieren (www.bmwi.bund.de) bzw. sich mit näheren Anfragen, insbesondere zu der Frage, ob eine Förderung Ihres Verlags möglich ist, an das Bundeswirtschaftsministerium zu wenden. Dieses hat bereits begonnen, detaillierte

Förderbedingungen zu erarbeiten.

Ich hoffe, dass ich Ihnen die Beweggründe für die von der BKM gewählte Konzeption der Kriterien des Förderprogramms für Buchverlage unter NEUSTART KULTUR erläutern konnte.

Mit freundlichen Grüßen

Oliver Schenk

Das Besondere dieses Schreibens liegt darin, daß unmißverständlich vom Kriterium der inhaltlichen Leistung zur Bestimmung dessen, was als Kultur gilt oder nicht, abgesehen wird. Die mehr als dreißigjährige Leistung einer Zeitschrift in den Bereichen der Kultur, der Literatur, der Kunst, der Philosophie, der politischen Wissenschaften, des transnationalen geistigen Austauschs, der unzähligen Impulse für Verlage, Theater, Presse, Kulturveranstalter, Journalismus und Rundfunk ist hierbei vollkommen irrelevant. Die Bedeutung und die Geschichte der Zeitschrift für das literarische und intellektuelle Leben einer Gesellschaft insgesamt wird ausgeblendet.

Als *differentia specifica* zur Unterscheidung von Buchverlagen und Zeitschriftenverlagen wird die „Periodizität“ des Erscheinens der Zeitschrift zugrunde gelegt, die diese presserechtlich zur „Presse“ mache. Das Kriterium des regelmäßigen, mindestens vier Mal pro Jahr stattfindenden Erscheinens der Zeitschrift wird als Ausschlußkriterium vom Bereich der Kultur und als Zuordnungskriterium zur Sphäre der Presse definiert. Unmißverständlich wird der Ausschluß eines Periodikums von Kulturförderung als verfassungsrechtlich geboten, als einzige mit der Pressefreiheit zu vereinbarende Entscheidung präsentiert.

Nun sollte man davon ausgehen, daß Verfassungsgebote von allgemeiner Geltung sind und für alle vergleichbaren Akteure ausnahmslos zur Anwendung kommen. Da offensichtlich war, daß es andere Periodika gibt, die exakt dieselben Periodizitätskriterien erfüllten wie *Lettre* und dennoch seit langer Zeit kontinuierlich staatlich subventioniert wurden, war die Verwunderung über diese Begründung um so größer.

Zwei Flaggschiffe dieser staatsabhängigen Kulturzeitschriften waren und sind die Periodika *Sinn und Form* und *Kulturaustausch*, deren präzise Finanzierungsbedingungen weitestgehend unbekannt waren. Im Antwortbrief an das BKM forderten wir den Referenten für Kultur und Medien auf, uns diesen offensichtlichen Widerspruch zwischen den von ihnen postulierten und auf *Lettre International* als negatives Ausschlußkriterium angewendeten Verfassungsgeboten einerseits und der kontradiktorisch stattfindenden Dauerfinanzierung anderer Kulturperiodika andererseits zu erklären.

Brief vom 20. Januar 2021 von *Lettre International* an die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien Monika Grütters und Dr. Schenk (BKM):

Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Frau Staatsministerin Prof. Monika Grütters

Bundeskanzleramt

Willy-Brandt-Str. 1

10557 Berlin

An Herrn Oliver Schenk

Leiter Referat K 32 – Grundsatzfragen Medien, Medienkompetenz

bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

Graurheindorfer Str. 198

53117 Bonn

Berlin, den 20.01.2021

Sehr geehrte Frau Staatsministerin,

Sehr geehrter Herr Schenk,

vielen Dank für Ihre Email vom 22.09.2020 als Antwort auf mein Schreiben an Frau Staatsministerin Prof. Monika Grütters vom 03.09.2020.

Ihre Antwort hat den Vorzug definitorischer Klarheit. Allerdings scheint mir zwischen den von Ihnen postulierten Prinzipien und der staatlicherseits praktizierten Politik eine Differenz zu bestehen. Daher weiß ich nicht ganz, ob ich Ihr Schreiben als Dokument unbefangener Uninformiertheit oder der Beschönigung unbequemer Sachverhalte verstehen soll.

Erlauben Sie mir, das zu erläutern.

Vorausschicken möchte ich meinen Darlegungen, daß es mir als Gründer, Herausgeber und Chefredakteur von *Lettre International*, Berlin, in keinerlei Weise darum ging und geht, eine Einzelförderung für unsere Zeitschrift zu beantragen, sondern um ausnahmslos und absolut gleiche Wettbewerbsverhältnisse in unserer publizistischen Gesellschaft, welche ich nicht mehr als gegeben erkennen kann.

Betrachten wir zwei getrennte, doch – wie mir scheint – gleichermaßen interessante Aspekte.

I.

Der erste ist die markante Tatsache, daß der Ausschluß der Kulturzeitschriften als Periodika von der Kulturförderung (inkl. „NEUSTART KULTUR“) **aufgrund formaler und**

nicht aufgrund inhaltlicher Kriterien stattfindet. Ambitionierte Kulturpolitik stellt man sich so vor, daß die Verantwortlichen Zielsetzungen einer Politik definieren und anschließend darüber befinden, mit welchen Mitteln diese anspruchsvollen Ziele erreicht werden sollen. Dabei ginge es darum, diejenigen Instrumente zu wählen und zu stärken, mit denen solche Ziele am besten erreicht werden können. Es ginge dabei in allererster Linie um Qualitätskriterien und Zweck-Mittel-Relationen.

Kulturzeitschriften erfüllen eine bedeutende Funktion für Kunst, Kultur und Gesellschaft. Es ist vor allem jene, Beiträge zu anspruchsvollen, geistesgegenwärtigen Diskursen zu liefern, die relevanten Themen nachgehen und die Wachheit und das Urteilsvermögen der Gesellschaft befördern. Zeitschriften sind gedankliche Laboratorien auf hohem Niveau, die eine demokratische, diskutierende und lernende Gesellschaft so dringend braucht wie das Salz in der Suppe. Umso erstaunter darf man sein, wenn solch anspruchsvolle Zeitschriften, die unter großen Anstrengungen für den reflektierenden Teil der Gesellschaft relevante Texte in Umlauf bringen, sich von einem *Staatsministerium für Kultur und Medien* gewissermaßen auf die Strafbank der suspekten Presseerzeugnisse verbannt sehen. In zahlreichen Ländern Europas sind Zeitschriften nicht von staatlicher Förderung ausgeschlossen, Frankreich, Österreich oder Norwegen sind ins Auge springende Beispiele dafür. Auch anderswo gehört die Förderung der Kulturpublizistik zum Kernbereich staatlicher Kulturförderung.

Es mutet merkwürdig an, daß die Publikation von philosophischen Essays, literarischen Reportagen, Erzählungen, Tiefengesprächen oder kulturgeschichtlichen Explorationen dann als unterstützenswert gilt, wenn sie zwischen zwei Pappen gebunden als Buch erscheinen und gleichartige oder identische Texte derselben Autoren und desselben Niveaus nicht förderungsfähig sind, wenn sie in einem flexibleren Einband auf leichterem Papier in der materiellen Erscheinungsform einer Zeitschrift daherkommen, nur weil diese Publikationen in periodischen Zyklen erscheinen. Ob etwa die Veröffentlichung von Thomas Manns bedeutendem Essay Deutschland und die Deutschen als überragende, förderungswürdige literarische Reflexion eines besorgten deutschen Schriftstellers behandelt würde oder als förderungsunwürdiger politischer Presseartikel, hinge nach den zitierten Kriterien davon ab, ob er in einer Zeitschrift erschienen ist oder nicht.

Bedeutende Essays erscheinen üblicherweise in zweierlei Formen: zuerst in Zeitschriften, später – zumeist Jahre danach und in Gesellschaft anderer Texte – in Form von Sammelbänden. Der Sammelband als sekundärer Publikationsort wäre nach den genannten Grundsätzen förderbar, die Zeitschrift, welche die Pionierarbeit der Erstveröffentlichung erbracht hat, nicht.

Literatur- und Kulturzeitschriften weisen jedoch überdies keineswegs nur die Dignität einer „Nähe zu literarischen Büchern“ auf, sondern sind seit Jahrhunderten genuiner Bestandteil des literarischen Lebens ganz Europas und darüber hinaus. Von Goethes *Propyläen* oder Schillers *Horen* über André Gides *Nouvelle Revue Française*, Thomas Manns *Neue Rundschau*, Kurt Tucholskys *Weltbühne* oder Karl Kraus' *Die Fackel*. Man denke auch an Hans-Magnus Enzensbergers *Kursbuch*. Zahlreiche Werke Kafkas, Turgenjews,

Dostojewskis erschienen zuerst in Zeitschriften, ebenso wie James Joyce's Roman *Ulysses* usw. Immanuel Kants epochaler Essay *Was ist Aufklärung* erschien 1784 in der Zeitschrift *Berlinische Monatsschrift* oder – rezenter – Hannah Arendts *Reportage Eichmann in Jerusalem* für den *New Yorker* am 16. Februar 1963.

Und trotz Internet haben gedruckte Zeitschriften auch heute eine unverzichtbare geistige Funktion, sogar für führende Politiker. So hat Bundeskanzlerin Angela Merkel die von *Lettre International* mit ihrem fundamentalen Werk *Zur Lage der chinesischen Bauern* weltweit bekanntgemachten chinesischen Autoren Chen Guidi und Wu Chuntao in China besucht. (*FAZ*, 04.10.2006, Text in *Lettre International* Nr. 66) Und der erste deutsche Text des indischen Trägers des *Friedenspreises des Deutschen Buchhandels 2020*, Amartya Sen, erschien 1994 in Nr. 27 von *Lettre International*. Sieben Jahre lang vor der Verleihung des *Friedenspreises des Deutschen Buchhandels 2013* an die weißrussische Schriftstellerin Swetlana Alexijewitsch, veröffentlichte sie in deutscher Sprache so gut wie ausschließlich in *Lettre International* (2015 erhielt sie den *Literaturnobelpreis*). Berühmte Autoren wie Slavoj Žižek, Eliot Weinberger, Pico Iyer oder Abdelwahab Meddeb veröffentlichten, wie hunderte andere namhafte Autoren, ihre allerersten deutschen Texte in *Lettre International*. Nicht zu vergessen, 1988 unter Pseudonym, der damalige DDR-Bürgerrechtler Jens Reich. Wenn eine kulturelle Vierteljahreszeitschrift unter dem Terminus „Presse“ subsumiert wird und unter diesem Rubrum von Verlagsförderung ausgeschlossen wird, steht, so ist zu vermuten, die aus dem NS-Regime gezogene Lehre einer notwendigen Staatsferne all dessen, was unter Presse normalerweise verstanden wird, Pate. Bei dieser verfassungsgemäß erwünschten Staatsferne der „Presse“ geht es dem Sinn nach wohl in erster Linie um politische – näher betrachtet, um parteipolitische und tagespolitische – Publizistik, also eine Publizistik, die in tagtägliche parteipolitische Machtauseinandersetzungen eingreift.

Man will der freien Meinungsbildung einer Bürgergesellschaft keine durch eine staatliche Medienmacht bewirkten Hindernisse in den Weg legen. Das ist nachvollziehbar. Diese hypothetische negative, gefährliche Rolle einer staatsabhängigen, die Meinungsbildung deformierenden Presse heutzutage aber – lediglich quartalsmäßig erscheinenden – Kulturzeitschriften zuzuerkennen, wirkt künstlich, angestrengt und konstruiert.

Zudem verkehrt sich damit der Sinn dieser Regelung, nämlich eine unabhängige Presse vor politischen Eingriffen zu behüten, ins Gegenteil, indem man ihr sogar in einer existenzbedrohenden Krise wie der heutigen Covid-19-Krise, anders als Literaturverlagen, jene Unterstützung vorenthält, die andere Verlage und Kulturprojekte genießen.

Mir scheint es grundsätzlich dringend geboten und an der Zeit, über diese Subsumtion kultureller und literarischer Zeitschriften unter dem Begriff der „Presse“ neu nachzudenken. Heute haben sich die Rhythmen der Nachrichten- und Interpretationszyklen durch Internet und Soziale Medien enorm beschleunigt. Gedruckte Qualitätszeitschriften sind demgegenüber extrem langsam und greifen schon von daher so gut wie nicht in den aktuellen politischen Meinungsstreit ein. Sie sind Hintergrundpublikationen. Es käme darauf an, die in dem Begriff der „Presse“ und der „Periodizität“ implizierten relevanten

Aktualitätsbezüge für das politische Geschehen im Bezug auf ihre Zeitgemäßheit zu überprüfen und neu zu bestimmen.

Statt einer Politik der Beschränkungen, Restriktionen und Blockaden sollte es im Gegenteil zu den vornehmen Zielen einer inspirierten und anspruchsvollen Kulturpolitik gehören, diejenigen literarischen und kulturellen Medien, die Erhebliches und Relevantes zur Verlebendigung und Erweiterung des ästhetischen und diskursiven Wahrnehmungsvermögens und Wachheitsgrades unserer Gesellschaft beitragen, durch entschiedene Unterstützung zu bestärken. Das wäre eine überaus sinnvolle und dringliche kulturpolitische Aufgabe. Doch das Gegenteil ist Programm. Damit wird eine ganze Sphäre literarisch-ästhetisch-intellektueller Produktivität ausgebremst. Und dies in einer Zeit der Globalisierung, in der die aktive Teilhabe am internationalen Fluß der Reflexionen und Weltbeschreibungen wichtiger ist als je zuvor. Man fragt sich, ob irgend jemand im Ministerium überhaupt darüber nachdenkt.

II.

Der zweite Teil Ihrer Erläuterung ist, in Bezug auf die Begründung wie auch auf die Praxis der Förderung oder Nichtförderung, allerdings noch interessanter und brisanter. Sie schreiben: *„Literaturzeitschriften fallen aber eben auch unter den Zeitschriftenbegriff und sind damit (auch) der Presse zuzuordnen. Die Pressefreiheit bedingt das medienrechtliche Prinzip der Staatsferne, aus dem sich ein Gebot der Neutralität und ein Verbot jeglicher Einflussnahme ergeben. Ebenso darf der Staat nicht in den publizistischen Wettbewerb der Presse eingreifen. Eine finanzielle Förderung einzelner Zeitschriften mit öffentlichen Geldern unterläge daher sehr hohen (verfassungsrechtlichen) Hürden und könnte nicht unter denselben Bedingungen wie eine Förderung der Buchbranche abgewickelt werden.“*

Das BKM beruft sich auf das medienrechtliche Prinzip der **Staatsferne**, auf das **Gebot der Neutralität** und das **Verbot jeglicher Einflußnahme**. Der Staat darf nicht in den **publizistischen Wettbewerb der Presse** eingreifen.

Das sind nachvollziehbare Kriterien und es wäre großartig, wenn diese Kriterien auch uneingeschränkt zum Maßstab staatlichen Handelns würden und von der Bundesregierung auch tatsächlich ausnahmslos befolgt würden. Dann müßten jene unabhängigen Zeitschriften, die sich ohne jegliche Förderung auf dem Markt behaupten müssen, auch nicht mit Publikationen konkurrieren, die unter der privilegierten Bedingung einer substantiellen und kontinuierlichen Förderung durch Steuermittel arbeiten. Aber das pure Gegenteil ist der Fall.

Die Bundesregierung propagiert die von Ihnen reklamierten Kriterien, hält diese jedoch selbst nicht ein. Zahlreiche Zeitschriften, die nach dem von Ihnen genannten Kriterium der Periodizität unter „Presse“ einzuordnen wären, erhalten regelmäßige Förderung, und dies seit Jahren und Jahrzehnten. Auch wenn diese Förderungen über Mittlerinstitutionen – partiell wohl vermittels Public Private Partnership-Vertragsgebilden – stattfinden, so dienen sie doch zielgenau der **Ermöglichung von staatsabhängigen Zeitschriften, die auf dem**

Markt als Wettbewerber tatsächlich unabhängiger Zeitschriften agieren. Ob

„Drittinstitutionen“ die staatlichen Gelder nur als Vermittler an diese Zeitschriften weiterleiten oder selbst als Herausgeber dieser Periodika fungieren, ändert an den auch rechtlich fragwürdigen Konsequenzen der Staatsfinanzierung einiger subventionierter Periodika zu Lasten anderer nichtsubventionierter nichts.

Die Finanzierung dieser Publikationen ist explizites Ziel der über diese vermittelnde Instanz abgewickelten Staatsförderung. Diese zumeist ministeriale Staatsförderung ist nicht selten dezent sogar im oder nahe dem Impressum dieser Zeitschriften vermerkt. Solche Mittlerorganisationen wie die AdK, das ifa, das LCB oder die DGAP u.a. übernehmen hierbei **de facto die Rolle von Zeitschriftenverlagen**. (Auch wenn diese publizistische Aktivität nur ein Teil ihrer Gesamttätigkeit ist, so ist es doch ein prominenter und klar abgegrenzter Teil gegenüber ihren anderen Aktivitäten, wie der Traditionspflege, der Archivierung, der Preisvergabe, der Veranstaltungen, des Vortragswesens, akademieinterner Diskussionen usw.).

Diese Zeitschriften sind eigenständige Entitäten innerhalb dieser Institutionen und verfügen über ein eigenes professionelles Redaktions- und Organisationspersonal. Sie beauftragen eigens externe Firmen mit Aufgaben wie der Anzeigenakquisition, Abonnementverwaltungen oder Textakquirierung – wie ganz normale Unternehmen. Damit allein schon ist eine Konstellation gegeben, in der staatlich-finanzierte Publikationen mit unsubventionierten Publikationen, denen ein Zugang zu staatlicher Förderung verbaut ist, in einen Marktwettbewerb treten, einen multiplen Wettbewerb unter ungleichen Bedingungen. Und damit greift der Staat logischerweise dauerhaft und massiv in die Wettbewerbssituation ein, ganz entgegen den eigenen expliziten Kriterien.

Nun könnte man einwenden, daß diese Zeitschriften als Publikationen nur zur Erfüllung der genuinen Aufgabe einer bestimmten Akademie, Kulturvermittlungsorganisation oder ähnlichen Institutionen dienen und dazu erforderlich sind. Das würde allerdings erfordern, daß ihr Inhalt in weit überwiegendem Maße deckungsgleich wäre mit den offiziellen Funktionen und Aufgaben einer solchen Institution (im Bereich der Literatur, der Kultur oder der Außenpolitik). Dies ist jedoch nicht der Fall. Diese staatlich finanzierten Zeitschriften greifen in ihrem programmatischen Konzept und in ihrer redaktionellen Praxis, mit ihren Themen, Texten und Autoren weit über jene Sphäre hinaus, die zu den ureigensten Aufgabenbereichen solcher Institutionen gehört. Sie agieren extern zunehmend als eigenständige, freie Akteure auf dem publizistischen Markt von Angebot und Nachfrage – dem Markt der Texte, der Themen, der Autoren, der Übersetzer, der Gestalter, der Käufer und Abonnenten usw. sowie als Verkaufsprodukt auf dem Markt der Zeitschriften überhaupt.

In ihrer genuinen Tätigkeit erfüllen sie zweifellos Funktionen, die traditionellerweise der bewußten „Presse“ zukommen, nämlich die Publikation von literarischen Essays, Korrespondenzen, Reportagen, Interviews, Kommentaren, Photoreportagen freier Autoren, Künstler, Gestalter, Photographen usw. Sie werden, wie normale unsubventionierte Zeitschriften auch, an öffentlichen Verkaufsstellen wie Buchhandlungen, Kiosken, dem

Bahnhofs- und Flughafenbuchhandel vertrieben, sowie an Abonnenten im In- und Ausland über den Postvertrieb. Diese Konkurrenz wird seitens der staatssubventionierten Titel teilweise mittels unangemessen niedriger Copy-Preise forciert (Dumpingpreise). Unangemessen sind diese Preise deshalb, weil ein Verkauf zu diesen Preisen nicht einmal in der Lage wäre, die Gestehungskosten zu kompensieren.

Diese Publikationen konkurrieren mit unabhängigen Zeitschriften also um Abonnenten, Käufer und Anzeigenkunden.

Keine dieser staatsfinanzierten Publikationen entspricht bei näherer Betrachtung den Kriterien von „Neutralität“ oder des „Verbots jeglicher Einflußnahme“. Sie entsprechen schon gar nicht dem Kriterium, nicht in den Wettbewerb einzugreifen. Im Gegenteil: Die ihnen dauerhaft zufließenden Zuwendungen alleine stellen schon eine profunde strukturelle Wettbewerbsverzerrung dar, denn keine dieser Publikationen könnte überhaupt ohne diese staatliche Dauersubventionierung weiterexistieren.

Dieser Sachverhalt wird hinter Unabhängigkeitskulissen kaschiert. All diesen Finanztransaktionen gemein ist, daß **diese Geldflüsse relativ intransparent sind und nicht in öffentlich nachvollziehbaren Etats dargestellt, sondern in Gesamthaushalten versteckt sind**. Sie werden in der Regel weder in den Haushalten der finanzierenden Ministerien eigens ausgewiesen, noch in dem Haushalt der (die zielgerichtete Subvention) empfangenden Institution eigens differenziert ausgewiesen.

Grundsätzliches zu Wettbewerb und Neutralität

Grundsätzlich muß man davon ausgehen, daß Wettbewerb stattfindet, wenn verschiedene Produzenten eines fast identischen Produkts (der Kulturzeitschrift) sich auf dem Markt begegnen, identische Vertriebswege benutzen und um dieselbe Käuferschicht auch vermittels ihrer Preisgestaltung konkurrieren.

Um zu beurteilen, ob in den Wettbewerb eingegriffen wird, gilt es, alle Ebenen in den Blick zu nehmen, auf denen ein **Wettbewerb bei Zeitschriften** stattfindet. Alle ökonomischen Faktoren, die in die Produktion der Zeitschrift und in die Preisgestaltung eingehen, sind als kostenbildende Elemente wettbewerbsrelevant.

Kosten – welche Faktoren sind konstitutiv dafür?

1. Redaktion: Personelle Ausstattung durch Redakteure, Redaktionsassistenzen u. a.
2. Geschäftsführung bzw. Verwaltung und Management
3. Technik (Computer, Computerprogramme, EDV-Verwaltung usw.)
4. Honorare für Autoren, Übersetzer, Korrektoren, Gestalter (Freie Mitarbeiter)
5. Feste Kosten (Miete) und laufende Kosten (Strom, Wasser, Elektrizität, Telephon)
6. Dienstleistungen (Buchhaltung, Steuerberatung, Abo-Verwaltung)
7. Produktionskosten und Distributionskosten (Layout, Druck, Vertriebskosten)
8. Provisionen für Anzeigenakquisitionen
9. Werbekosten (Website, Werbemaßnahmen, Veranstaltungen)
10. Abonnement- und Verkaufspreise

11. Weiteres

Dabei wird in den Wettbewerb eingegriffen durch besser ausgestattete Etats, höhere Honorarniveaus für alle Arten von Mitarbeitern, indirekte Kostenübernahme durch Drittinstitutionen für notwendige Dienstleistungen (Buchführung, Geschäftsführung) oder Infrastruktur (Raummiete, Strom, Wasser usw.) sowie künstlich niedrige Verkaufspreise des Produkts (da der Verkaufspreis die Gestehungskosten nicht kompensieren muß).

In Bezug auf Neutralität entfaltet das folgende Wirkungen:

Eine staatliche Förderung, die derart substantiell ist, daß sie für das geförderte Projekt existenzsichernd ist, schafft Abhängigkeit. Existentielle Abhängigkeit erzeugt notwendigerweise implizite Einflußnahme. Dies kann, muß aber nicht in Form einer Gefälligkeitsberichterstattung bzw. von Gefälligkeitstexten stattfinden. Der abhängige Akteur wird jedoch nach allgemeiner Lebenserfahrung und bei Strafe des eigenen Untergangs Handlungen (d. h. Veröffentlichungen) vermeiden, die den Interessen seines Finanziers (Staat bzw. Regierung) zuwiderlaufen. Hier wird in Gestalt einer **Anpassung durch Vermeidung** die redaktionelle Unabhängigkeit deformiert.

Wenn es zutrifft, daß die finanzielle Dauerförderung einzelner Zeitschriften über das legitimatorische Konstrukt von vermittelnden Drittinstitutionen den staatlicherseits selbstdeklarierten Kriterien von **Neutralität, Staatsferne** und **Wettbewerbsenthaltbarkeit** nicht entspricht, dann erklärt sich auch eher die Abwesenheit positiver Informationen über die finanziellen Summen, die dabei im Spiel sind. Weder die privilegierten Empfänger noch die seiltänzerischen Staatsfinanziers haben ein Interesse an der Nachvollziehbarkeit dieser Zuwendungen. Für eine sachorientierte Diskussion wäre jedoch zuerst einmal vollständige Transparenz der diesbezüglichen Fakten und Zahlen notwendig. Die jeweiligen Etats und die verschiedenen Zuwendungswege müßten offengelegt werden. Geschieht dies nicht freiwillig, sollte eine rechtliche Verpflichtung dazu geprüft bzw. angeregt werden.

Es findet also eine mit erheblichen finanziellen Mitteln und in verschiedensten Formen und Ebenen betriebene privilegierte Konkurrenz staatsfinanzierter Publikationen gegenüber staatsunabhängigen Zeitschriften statt, denen Förderung unter Hinweis auf die Gebote der Neutralität, der Wettbewerbsenthaltbarkeit und der Staatsferne vorenthalten wird. In letzter Konsequenz können – entsprechend dieser Logik – unabhängige Zeitschriften damit zum Verstummen gebracht werden.

Einige konkrete Beispiele für staatliche Zeitschriftenförderung:

Erstens: Die Zeitschrift der *Akademie der Künste Berlin, Sinn und Form*.

Sie erscheint **sechs Mal pro Jahr**. Sie wird vertrieben über Abonnement, Pressevertrieb, Buchhandel und Bahnhofsbuchhandel. Ihre **Themen und Texte reichen weit über akademiespezifische Belange hinaus**. Das Spektrum ihrer Texte, Autoren und Übersetzer hat sich in den letzten Jahren, *Lettre Internationale* nachahmend, zunehmend

internationalisiert. Sie weist drei Redakteure aus, einen Beirat und beschäftigt sogar „Scouts“ für das Aufspüren interessanter Texte aus anderen Sprachen. Sie wird finanziert vom BKM über den Gesamtat der *Akademie der Künste*. Uneinsehbar ist von außen, ob sie akademie-intern über einen eigenen Haushalt verfügt, in welchem die Zuwendungen **nach impliziten und expliziten Werten und Kosten** unterschieden werden.

[Zu impliziten Kosten würde gehören: Der Mietwert der Räume der AdK, der Wert der Nutzung der Infrastruktur und der Dienstleistungen der Akademie (Strom, Wasser, evtl. Buchhaltung, Steuerberatung, Portokosten, Werbung in akademie-internen Publikationen, Nutzung von Veranstaltungsräumen usw.) Explizit wären real getätigte und eigens ausgewiesene Ausgaben.]

Diese Zeitschrift wurde nach der deutschen Wiedervereinigung, seit 1989 zuerst aus verschiedenen Haushalten, später vom BKM gefördert. Als „Begrüßungsgeld“ wurde ihr, wie anderen Zeitschriften der DDR nach Aussagen von Beteiligten (*Theater der Zeit, Form und Zweck, Neue Bildende Kunst*), nach der Wende eine höhere Summe in Cash übergeben. Unabhängige westdeutsche Zeitschriften erhielten niemals etwas dergleichen. Auf personeller Ebene wurde die DDR-Tradition nahtlos fortgesetzt: Derselbe Chefredakteur, der noch die Ausgabe mit dem Geleitwort von Erich Honecker zum 40. Jahrestag der DDR-Gründung verantwortet hatte, blieb auch nach 1989 noch viele Jahre Chefredakteur.

Da die entsprechenden Subventionen nicht öffentlich ausgewiesen werden, können sie an dieser Stelle nur geschätzt werden. Als Fördersumme wäre plausiblerweise die Differenz zu veranschlagen zwischen den eigenen Einnahmen der Zeitschrift und den Gesamtkosten der Zeitschrift für Infrastruktur, Redaktion, Korrektorat, Druck, Layout, Honorare für Autoren, Übersetzer, Scouts, Veranstaltungen sowie Personal, Reisen usw. Anzunehmen ist, daß die Redaktionsmitarbeiter nach den Tarifen der Akademie vergütet werden.

Eine hypothetische Kalkulation:

Wenn man eine jährliche direkte und indirekte Fördersumme von nur 100.000 € annimmt, kommt man für die 31 Jahre seit der deutschen Wiedervereinigung auf einen Subventionsbetrag von 3,1 Millionen €. Nimmt man an, die Fördersumme habe zwischen 200.000 € und 300.000 € pro Jahr betragen, käme man auf einen kumulierten Subventionsbetrag zwischen 6,2 und 9,3 Millionen €.

Zu addieren wären die kostenlose Inanspruchnahme von Leistungen der *Akademie*, die ihren eigenen Aufwand vermindert und sie ökonomisch privilegiert.

Staatliche Subventionszuwendungen von 6–10 Mio. € für einen einzigen Akteur auf dem Markt sollen nicht wettbewerbsverzerrend sein?

Zweitens: *Zeitschrift für Kulturaustausch*

Ein noch extremeres und finanziell erheblich aufwendigeres Beispiel ist die *Zeitschrift für Kulturaustausch*, die sich „Zeitschrift für internationale Perspektiven“ nennt, finanziert vom

Auswärtigen Amt.

Das Periodikum erscheint viermal im Jahr, weist eine Chefredakteurin aus sowie sieben Redakteure, zwei Redaktionsassistenzen, eine Schlußredaktion, einen Redaktionsbeirat; darüber hinaus tritt ein „Objektleiter“ in Erscheinung.

Grundsätzlich dürfte es erlaubt sein zu fragen, welcher wesentlichen Aufgabe eines Außenministeriums es entspricht, eine Kulturzeitschrift im Inland und für das Inland zu produzieren? Welcher außenpolitischen Funktion wird damit nachgegangen?

Die Zeitschrift publiziert viermal im Jahr ca. 82 Seiten etwa im DIN-A4-Format, ist großzügig gelayoutet, wird auf gutem Papier gedruckt. Sie wird nicht müde, bekannte internationale Schriftsteller einzuladen, kürzere und längere Texte zum Weltgeschehen beizutragen. Man trifft auf eine Hitparade prominenter Autoren aus aller Welt, mit leicht lesbaren Texten bildstark in Szene gesetzt.

Die steife Publikation *Zeitschrift für Kulturaustausch* mutierte vor einigen Jahren zum lockeren *Kulturaustausch*, in neuem Design. Sie transformierte sich von einer vornehmlich kulturpolitischen Zeitschrift zu einer eher politisch-literarischen Zeitschrift, mit politischen Bezügen, populärer aufgemacht und weniger anspruchsvoll als *Sinn und Form*; sie versucht, zentrale Elemente des internationalen Konzepts von *Lettre* in einer „Light-Version“ zu kopieren.

Das Heft wird verkauft im Bahnhofsbuchhandel und an Kiosken. Sie wird herausgegeben vom *Institut für Auslandsbeziehungen (ifa)* in einer sogenannten „Public Private Partnership“, vertrieben vom ConBrio Verlag. Sie wird „durch das *Auswärtige Amt* finanziell unterstützt“. Die „Public Private Partnership“ mit ConBrio bietet *Kulturaustausch* den Vorwand, unter dem Namen Dritter auf dem Markt Anzeigen akquirieren zu können. Nicht selten sind Umschlagseiten von kommerziellen Inseraten belegt.

Einen Abonnementspreis findet man im Heft nicht. Die Zeitschrift scheint nur am Kiosk zu kaufen zu sein. Der aggressiv-niedrige und wohl kaum kostendeckende Copypreis beträgt 7 €. Welchen Anteil an Eigenfinanzierung kann es bei einem solchen Niedrigpreis geben?

Die Inhalte haben mit deutscher Außenpolitik erkennbar wenig zu tun, erkennbar auch nicht viel mit „Kulturaußenpolitik“: Ist es Kulturaußenpolitik, wenn die Zeitschrift des AA acht internationale Schriftsteller dazu einlädt, gemeinsam eine Corona-Geschichte zu schreiben? Oder als „Weltreport“ eine Photoreportage über Hundekampfringe, Sex Clubs und kurdische Straßenkämpfer in der Istanbul Untergrundszene veröffentlicht?

Das Produkt ist das Simulacrum einer publikumsnahen Zeitschrift. Da es an kritisch-intellektueller Substanz, Relevanz und Tiefe fehlt, beschränkt sich ihre zentrale Funktion darauf, unabhängigen Zeitschriften mit analogem Profil das Leben schwer zu machen. Man fragt sich: Wie viele Leser kaufen und lesen diese Zeitschrift tatsächlich? Welche Summen an staatlichen Geldern werden jährlich aufgewendet, um diese Publikation auf den Markt zu bringen? Und welche staatlichen Summen fließen im Zusammenarbeit mit dem vermeintlich unabhängigen ConBrio-Verlag, in einer sogenannten Public Private Partnership?

Drittens: LCB diplomatique

Der dritte Fall ist aktueller und technisch avancierter. Wenn eine Zeitschrift, die viermal im Jahr auf Papier veröffentlicht wird, aufgrund ihrer atemberaubenden Erscheinungshäufigkeit bereits zur „Presse“ gezählt wird, müßten redaktionelle Free-Content-Websites, die ihre Inhalte im Tages- oder Wochenrhythmus periodisch erneuern, nach dieser Aktualisierungsweise erst recht zur Presse zählen.

Im Frühjahr 2020 startete das öffentlich finanzierte *Literarische Colloquium Berlin (LCB)* einen „völlig neuen“ Aktivitätsbereich: die Webseite *LCB diplomatique*. Dort werden „internationale literarische Korrespondenzen aus aller Welt publiziert“, und dies sogar in drei Sprachen: in der Originalsprache, auf Deutsch und auf Englisch. Die Selbstpräsentation lautet: „*Das alternative Nachrichtenportal des Literarischen Colloquiums Berlin. Internationale Literaturkorrespondent:innen berichten über politische Dimensionen ihres Alltags. In Text und Bild.*“

Alle Inhalte werden kostenlos angeboten und generieren keinerlei Einnahmen. Hier lebt „Free Content“ noch, nachdem zuvor die privatwirtschaftliche Qualitätspresse durch die Selbstkannibalisierungprozesse ihrer Free-Content-Strategien enorme Auflagenverluste und Einbußen aller Art erlitten hat (in den letzten zehn Jahren bis zu 50 Prozent!).

Finanziert wird *LCB diplomatique* prominent vom *Auswärtigen Amt*. Nachdem die freie Presse ihre jahrelange, illusorische und selbstzerstörerische Free-Content-Politik zu korrigieren versucht hat, fängt der Staat an, derartigen Schlaraffenland-Illusionen neues, steuerfinanziertes Leben einzuhauchen.

Die implizite Botschaft lautet: „Bei uns gibt es das umsonst, wofür ihr anderswo bezahlen müßt.“ Hier treiben staatlich finanzierte Kulturfunktionäre die illusionäre „Schlaraffenlandideologie“ des Free Content („Alles Gute gibt's umsonst“) zum absurden Exzeß post festum.

Auch hier sind Aufwendungen, Kosten und Zuwendungen intransparent. Die Betreiber der Seite – das *LCB* – sind ebenso abhängig von öffentlicher Finanzierung wie *LCB diplomatique* von den projektspezifischen Subventionen des *Auswärtigen Amtes*.

Viertens – Eine Retrospektive: Die Zeitschrift Kafka

Ein viertes Beispiel soll das Bild abrunden. Es ist die Geschichte der Zeitschrift *Kafka*, die von 2001 bis 2005 in 16 Heften produziert wurde. Ein vormaliger SPD-Senator von Berlin und späterer Leiter der Kulturorganisation *Humboldt* wurde zwecks Erleichterung der Fusion des *Humboldt-Instituts* mit dem *Goethe-Institut* zum Generalsekretär ernannt. Der neue Goethe-Generalsekretär hatte gleich eine zündende Idee: eine internationale Kulturzeitschrift in fünf Sprachen: Deutsch, Polnisch, Tschechisch, Slowenisch, Ungarisch, finanziert aus Mitteln des *Goethe-Instituts* – also Steuermitteln – mit einer eigenen Redaktion und das alles kostenlos! Eine Nachbildung des Modells von *Lettre International*, damals noch in elf Sprachen erscheinend (darunter Deutsch, Polnisch, Tschechisch, Ungarisch). Auch hier wurden u. a. *Lettre*-Autoren, Übersetzer usw. mit attraktiveren

Honoraren abgeworben und einer unabhängigen Zeitschrift mit teildentischen Inhalten, aber mit Hilfe von Staatsgeldern, Konkurrenz gemacht. 53.000 Adressaten wurden vier Jahre lang kostenlos viermal im Jahr mit *Kafka* beschickt.

Um einige Millionen Steuergelder und einige Illusionen ärmer wurde die Zeitschrift 2005 mit der 16. Nummer vom *Goethe-Institut* sang- und klanglos eingestellt.

Man hatte es nicht geschafft, das unabhängige Vorbild *Lettre* umzubringen, aber hatte *Lettre* nolens volens diskreditiert und Schaden zugefügt, indem man mit überhöhten Honoraren am literarischen Markt über Jahre im literarischen Milieu den Eindruck erzeugt, *Lettre* zahle unanständig niedrige Preise und Honorare.

All das war nur möglich, weil Steuermittel zu „Presse“-Zwecken entfremdet wurden.

Fünftens: Die staatsfinanzierte Zivilgesellschaft

Neben den genannten Publikationen gibt es weitere Titel, die auf die eine oder andere Art, immer aber in elementarer Abhängigkeit, von Staatsgeld leben.

So das Periodikum *Internationale Politik*, formell herausgegeben von der *DGAP*, öffentlich gefördert.

Ebenso die Zeitschrift *Osteuropa*, jahrelang herausgegeben von der *DGAP*, heute in einer etwas anderen Konstellation.

Zudem die *Zeitschrift für Ideengeschichte*, herausgegeben vom Forschungsverbund *MWW*, gefördert vom *Bundesministerium für Forschung und Bildung*.

Überdies die in Wien ansässige Online-Publikation *Eurozine*, mit dem Free-Content-Modell operierend, gefördert aus dem Kulturprogramm der EU, dem österreichischen Staat, der Stadt Wien usw.

Die Liste ließe sich fortsetzen.

All diesen und derartigen Publikationen ist gemein: Sie könnten ohne öffentliche Finanzierung nicht existieren. Keine dieser Publikationen muß nach einem ökonomischen Reproduktionsmodell suchen, in dem die Qualität der Publikation ausschließlich gewährleistet wird durch das Engagement ihrer Leser und Anzeigenkunden.

Jeglicher marktwirtschaftliche Zusammenhang wird dabei ignoriert und ausgehebelt.

Politiker, die sich als Vertreter der freiheitlichen Marktwirtschaft ausgeben, werden im Bereich der Kulturpublizistik zu Vorkämpfern subventionsabhängiger Presseerzeugnisse.

Man fragt sich: Aus welchen Motiven heraus?

Die Staatsabhängigkeit in diesem Bereich wird weitgehend kaschiert. Alle Zahlen sind öffentlich unzugänglich. Es soll kein Verdacht einer Einflußnahme aufkommen.

Darf man annehmen, daß die existentielle Abhängigkeit einer Publikation ohne jede Auswirkung auf die Inhalte und jene Redakteure bleibt, die über die Inhalte entscheiden?

Politisch und pressepolitisch entstehen auf diese Weise Simulakren einer unabhängigen Kulturpublizistik. Hier baut der Staat am Potemkinschen Dorf einer staatsfernen

„Zivilgesellschaft“, auf die sich Politiker so gerne als Indiz, Aktivposten und freie Dialogpartner in einer funktionierenden „westlichen“ Demokratie berufen.

Wer nun steuert diese Prozesse der Finanzierung der scheinunabhängigen Publikationen?

Sollte man hier intelligente, politische Konzepte und deren Manager vermuten, die verstanden haben, daß man im Vorfeld der harten Politik, in der Sphäre der „Softpower“, mittels Kultur- und Sprachpolitiken, wenn nicht Konsensus, so doch eine Entkräftung kritischer Positionen bewirken kann?

Mit dieser Ausweitung des Einflusses der Politik in den Bereich der staatsabhängigen, publizistischen Zivilgesellschaft geht ein veritables Kesseltreiben einher gegen die wenigen verbleibenden unabhängigen Akteure.

Auf allen Ebenen werden unabhängige Zeitschriften hart in ihrem Überlebenskampf bedrängt – mit Steuergeldern.

In diesem Rahmen der Kulturpublizistik ist das Schauspiel zu beobachten, daß der Staat all seinen Maximen und proklamierten Grundsätzen zuwiderhandelt.

- Wo freie Marktwirtschaft und Presse herrschen sollte, dominiert staatsregulierte Presse.
- Wo Journalisten frei handeln sollten, werden sie durch Staatsbeamte überdeterminiert.
- Wo das Leistungsprinzip herrschen sollte, werden die erfolgreichen unabhängigen durch weniger leistungsfähige, aber staatsfinanzierte Zeitschriften bedrängt.
- Wo staatliche Subventionen nach Qualitätsmaßstäben vergeben werden sollten, herrschen Loyalitätskriterien.
- Wo Transparenz herrschen sollte – besonders im kulturellen Sektor – herrscht Filz und Dunkelheit.

So transformiert sich jene Sphäre, die ein Vorbild an kultureller und sprachlicher Integrität sein sollte, zu einem Mechanismus der Instrumentalisierung des „hohen Gutes“ der Sprache.

„Unabhängigkeit, Neutralität, keine Einflußnahme auf den publizistischen Wettbewerb“ sind die Vokabeln, die umhergetragen werden, um die faktisch betriebene Vertiefung und Erweiterung publizistischer Abhängigkeiten und massiver Eingriffe in den Wettbewerb zu überdecken.

Welchen Preis zahlen diese Redaktionen für ihr lauschiges garantiertes Dauerdasein? Rezelt sich hier nicht immer gemüthlicher ein staatsnaher Kulturjournalismus wohligh am Kamin der verbrannten Steuergelder?

Ich sehe es als eine Pflicht und Verantwortung an, diese Sachverhalte, deren Entwicklung immer gravierendere Auswirkungen hat, auf den Prüfstand zu stellen. Es gilt, die Sprache vom Kopf auf die Füße zu stellen und wahrhaft unabhängige, kritische und kreative, innovative und zukunftsweisende Kultur zu fördern.

Und in diesem Zusammenhang erbitte ich Sie um die Beantwortung folgender Fragen: Wie kompatibel verhalten sich die hier geschilderten Subventionssachverhalte zu ihren eigenen Verfassungs- bzw. Rechtspostulaten **Staatsferne, Neutralität und Wettbewerbsenthaltbarkeit**? Da nicht anzunehmen ist, daß ein *Staatsministerium für Kultur und Medien* über derart elementare Zusammenhänge uninformatiert ist, darf man eine politisch und rechtlich überzeugende Erklärung und Würdigung vom *BKM* erwarten. Wir sind gespannt.

Davon unabhängig dürfen wir Sie bitten, die infrage stehenden finanziellen Summen und

Etats transparent zu machen, damit eine öffentliche Diskussion nicht durch mangelndes Tatsachenwissen behindert wird und man auf Basis realer Zahlen adäquate Vergleiche vornehmen kann.

Da wir für dieses Schreiben selbst nur über einen bescheidenen Zugang zu Zahlen und Fakten verfügten, bitten wir eventuelle Ungenauigkeiten zu entschuldigen und diese durch – so oder so – präzisere Informationen zu ersetzen (zumindest in Rahmen von § 1 des Informationsfreiheitsgesetzes, IFG).

Sehr geehrte Frau Staatsministerin, sehr geehrter Herr Schenk, angesichts der aus kulturpublizistischer Sicht elementaren Bedeutung dieser Sachlage erhoffe ich mir eine substantielle und ergebnisorientierte Diskussion mit Ihnen als Vertreter des Staatsministeriums für Kultur und Medien.

In Erwartung Ihrer baldigen Antwort, auf die wir uns freuen, verbleibe ich mit freundlichen Grüßen,

Frank Berberich

Lettre International Chefredakteur und Herausgeber

Email: lettre@lettre.de

Auf dieses Schreiben erhielten wir keine Antwort. Die Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGO BM). § 14 Abs. 1 regelt folgendes: *„Anträge, Fragen und Beschwerden sind so schnell und so einfach wie möglich zu erledigen. Erfordert die Antwort einen Zeitraum von mehr als vier Wochen, ist eine Zwischennachricht zu erteilen“*. Abs. 3 besagt, daß *„Privatpersonen [...] zu Sachfragen (Bürgeranfragen) formlos Auskunft gegeben werden [kann]“* (Quelle:

http://www.verwaltungsvorschriften-im-internet.de/bsvwbund_21072009_O11313012.htm).

Die Praxis sah anders aus. Auf unseren Brief, in dem wir die Staatsministerin auf den Widerspruch zwischen Rechtsprinzip und Finanzierungswirklichkeit hinwiesen und um Aufklärung baten, erfolgte keine Antwort in der Sache. Keinerlei Reaktion erfolgte auch auf unser Angebot eines Gesprächs zum Thema. Aus diesem Grund erinnerten wir das Ministerium am 19.02.2021 per Einschreiben daran, daß angesichts der evidenten Widersprüche zwischen Postulat und Praxis eine Antwort in der Sache geboten sei. Das Ministerium ließ uns daraufhin durch Herrn Dr. Schenk wissen, daß unser Schreiben „grundsätzliche Fragen aufwirft“, die es nötig mache, „auch andere Ressorts diesbezüglich einzubinden“.

E-Mail vom 25. Februar 2021 von Dr. Schenk (BKM) an *Lettre International*

Sehr geehrter Herr Berberich,

vielen Dank für Ihre Schreiben vom 20. Januar und vom 19. Februar 2021.

Ich kann Ihren Unmut verstehen, weil Sie zu Recht eine Antwort erwarten und wegen der Krise sicherlich in großer Sorge um die Zukunft von *Lettre International* sind. Ich bitte Sie wegen einer ausführlichen Antwort aber noch um etwas Geduld. Meine Kolleginnen und Kollegen haben Ihr Schreiben unmittelbar nach Posteingang in Bearbeitung genommen. Da es grundsätzliche Fragen aufwirft, haben wir uns aber entschlossen, auch andere Ressorts diesbezüglich einzubinden. Vor dem Hintergrund dieses Abstimmungsprozesses bitte ich um Verständnis, dass die Beantwortung Ihres Schreibens Zeit beansprucht. Sie können sich außerdem gewiss vorstellen, dass uns im Zuge der Corona-Pandemie sehr viele Schreiben erreichen und es dadurch zu Verzögerungen kommt. Uns ist es jedoch wichtig, jedes einzelne Schreiben zu beantworten.

Mit der Bitte um Verständnis und freundlichen Grüßen

Oliver Schenk

Wir stellen fest: Es sei „jedoch wichtig, jedes einzelne Schreiben zu beantworten.“ Dies war im Februar 2021. Damit verstummte das Ministerium bis heute. Trotz gelegentlicher Erinnerungen verflüchtigten sich die Verantwortlichen ins kommunikative Nirwana. Verwundert und handlungsgelähmt angesichts der Kommunikationsverweigerung des Ministeriums und unsicher über die verfassungsrechtlichen und politischen Gegebenheiten hatten wir uns in den Wochen davor entschieden, fachlichen Rat einzuholen. Wir hatten den Rechtsanwalt, Verfassungs- und Wettbewerbsrechtler Dr. Hermann-Josef Omsels in Berlin um ein Rechtsgutachten bezüglich der Verfassungskonformität oder Nichtverfassungskonformität der Finanzierung periodisch erscheinender Zeitschriften gebeten. Das Gutachten des Experten, welches sich auf Verfassung, Gesetze und Rechtsprechung stützt, kam zu einem eindeutigen Ergebnis: Die staatliche Subventionierung der Presse und die staatliche Herausgabe von Presseorganen, also auch von periodisch erscheinenden Zeitschriften, ist verfassungswidrig.

[AUSZÜGE GUTACHTEN VON RA Omsels vom 28.01.2021 \[Vollständiges Gutachten hier: https://www.lettre.de/sites/localsite/files/Omsels_Gutachten_Final.pdf\]](https://www.lettre.de/sites/localsite/files/Omsels_Gutachten_Final.pdf)

IV Ergebnis, S. 8 von 13

„Die Herausgabe der Zeitschrift *Sinn und Form* durch die *Akademie der Künste* verstößt, jedenfalls solange keine gesetzliche Grundlage dafür besteht, gegen das Grundrecht der Staatsferne der Presse und ist verfassungswidrig.“

IV Ergebnis, S.13 von 13

„Die staatliche Förderung der Zeitschrift *Kulturaustausch* und des Online-Portals *LCB diplomatique* greifen in das Grundrecht der Pressefreiheit konkurrierender Presseorgane oder -publikationen in rechtswidriger Weise ein. Die staatliche Förderung wäre nur auf der

Grundlage eines Gesetzes zulässig, das die Voraussetzungen und Bedingungen der Förderung präzise beschreibt. Die Haushaltsgesetze des Bundes und der Länder können ein solches Gesetz nicht ersetzen.“

Das Gutachten machte deutlich, daß die Argumentation des Ministeriums verfassungsrechtlich korrekt war. Andererseits machte das Gutachten unmißverständlich klar, daß die Finanzierungspraxis dieses wie die anderer Ministerien bezüglich solcher „Periodika“ verfassungswidrig ist.

Es eröffnete sich die heikle Frage, ob ein Organ der Regierung bzw. der staatlichen Exekutive hier dauerhaft verfassungswidrig agiert. Für eine kleine Zeitschrift wie *Lettre International* wäre die Auseinandersetzung mit einem ressourcenreichen Staatsministerium über diesen Sachverhalt eine nicht geringe Herausforderung.

Nach Beratung entschlossen wir uns, jene Ministerien und Institutionen, die nach unserer Beobachtung gegen dieses Verfassungsprinzip verstoßen, mit dem Gutachten zu konfrontieren. Das Gutachten wurde also mit der Bitte um Kenntnis- und Stellungnahme verschickt an das BKM, an die *AdK* als Herausgeberin der Zeitschrift *Sinn und Form* sowie an das *Auswärtige Amt*.

Die erste Reaktion bestand ausnahmslos in einer Verweigerung von Informationen und einem Gedankenaustausch zum Sachverhalt.

Unter Berufung auf das Informationsfreiheitsgesetz (IFG) versuchten wir in einem nächsten Schritt, Näheres zu Praktiken und zu den qualitativen und quantitativen Dimensionen der Finanzierung von *Sinn und Form*, *Kulturaustausch* und der Plattform *LCB diplomatique* in Erfahrung zu bringen. Nach vielen Wochen der Abwehrscharmützel, der Hinhaltetaktik und prozeduralen Verkomplizierungen, entschlossen sich die angesprochenen Institutionen schließlich doch, Teile der entsprechenden Informationen in Form interner Unterlagen preiszugeben.

Weite Passagen der Dokumente waren geschwärzt unter Hinweis darauf, daß genaue Informationen über die Art und Höhe der staatlichen Finanzierung der Publikationen die „Wettbewerbssituation“ der betreffenden Publikationen „gefährden“ könnte. Auf den naheliegenden Gedanken, daß es umgekehrt gerade die Dauersubventionierung des Staates ist, welche die Wettbewerbssituation der nichtsubventionierten Marktteilnehmer gefährdet, also eine diametral entgegengesetzte Kausalität besteht, wollte man in den Ministerien nicht kommen.

Dennoch sind aus den weitgehend unsystematischen und lückenhaften Informationen, welche die *Akademie der Künste* und das *Auswärtige Amt* zuletzt doch zur Verfügung stellten, einige relevante Erkenntnisse abzulesen. Unschwer zu errechnen ist, daß die Zeitschrift *Sinn und Form* mit direkten und indirekten Mitteln von 300.000 bis 350.000 Euro pro Jahr aus dem staatlichen Etat der *Akademie der Künste* gefördert wird. (Dies würde eine Subventionssumme von nicht weniger als 10 Millionen Euro für die letzten 30 Jahre bedeuten, falls die Fördersumme seit 1990 annähernd gleich geblieben wäre. Diese spekulative Kalkulation macht zumindest die ungeheure Dimension der Privilegierung gegenüber einer mehr als 30 Jahre ungeforderten Publikation deutlich). Bei einer Zeitschrift wird der schmale Eigenerlös mit der fünffachen Subventionssumme aufgestockt. Bei der Zeitschrift *Kulturaustausch* wird für das Jahr 2020 eine Fördersumme von 513.000 Euro angegeben. Die Website *LCB diplomatique* wird mit mehr als 23.000 Euro jährlich an öffentlichen Zuschüssen durch das *Auswärtige Amt* betrieben. Um präzisere Informationen wird mit den Ministerien weiter gerungen.

LETTRE / BKM – REKAPITULATION UND ÜBERLEGUNGEN

Die Entscheidungsverantwortlichen eines Ministeriums formulieren politische Entscheidungen mit Hilfe einer Sprache, die auf Rechts- und Verwaltungsbegriffen fußt. Eine ihrer Hauptkompetenzen besteht darin, diese Begriffe auch hinsichtlich ihrer historisch erworbenen Sinnfülle bedeutungsgenau zu verwenden. Erst solche begrifflichen Kodifizierungen ergeben die Schärfe und Klarheit eines verwaltungshoheitlichen Bescheids. Der Empfänger eines solchen Schreibens muß also davon ausgehen, daß die unterzeichnenden Beamten wissen, was sie sagen, und wissen, was sie tun. Ohne Begriffskompetenz wären sie für ihre Funktion im Hoheitsgefüge eines Staates nicht qualifiziert. Es wäre also abwegig, zu unterstellen, daß Regierungsbeamte nicht wissen, was sie sagen und tun.

Das BKM begründet die Ablehnung einer Subventionierung von *Lettre International* in der Corona-Krise mit grundsätzlichen Argumenten. Diese besagen, daß derartige Staatssubventionen prinzipiell, also auch in Notstandssituationen wie der einer existenzbedrohlichen Corona-Krise, presserechtlich verboten seien. Als Presse seien alle mindestens viermal im Jahr oder öfter erscheinenden Periodika einzustufen; auch Literatur-Periodika seien demnach „Presse“, und für diese habe „Staatsferne“ zu gelten. Insbesondere seien solche Subventionen auch deshalb abzulehnen, weil sie den Wettbewerb unabhängiger Akteure auf dem Markt der freien Presse beeinflussen und verzerren könnten.

Jedoch besteht zwischen den vorgetragenen Postulaten und der seit langer Zeit vollzogenen Praxis ein diametraler Gegensatz. In Wirklichkeit werden Medien auf Dauer staatssubventioniert, in einem Umfang, der diesen subventionierten Marktakteuren unerhörte Wettbewerbsvorteile einräumt, wobei diese Wettbewerber selbst aufgrund ihrer extern garantierten Finanzmittel wettbewerbsimmun sind. Sie nehmen nicht einmal am Wettbewerb teil. Ihre Dauersubventions-Summen übersteigen ihren am Markt selbst erwirtschafteten Erlös um ein Vielfaches.

Diese Subventionierungen werden nicht ausgewiesen und der allgemeinen öffentlichen Information entzogen.

In den Fällen der Zeitschriften *Sinn und Form*, *Kulturaustausch* und der Free-Content-Plattform *LCB diplomatique* wird jenes Subventionsverbot, welches auch auf diese Periodika anzuwenden wäre, umgangen und unterlaufen.

Wie könnte man annehmen, daß jene Verantwortlichen, die das Verbot aller Pressesubventionierung so entschieden formulieren, nicht wissen, daß sie sich selbst widersprechen, daß sie als Beamte folglich verfassungswidrig handeln, ja, daß ihre in Kontinuität praktizierte Subventionierung der Presse den von ihnen selbst nach außen plakativ propagierten Grundsätzen widerspricht.

Ein Irrtum ist bei so bürokratisch-realtätsbezogenen und entscheidungsgewohnten Beamten so gut wie ausgeschlossen. Kein anderer Schluß ist hier erlaubt, als daß hier in voller Kenntnis, in vollem Bewußtsein der Tatsachen gehandelt wird. Bei gleichen Voraussetzungen werden hier radikal unterschiedliche Entscheidungen vollzogen, im Wissen um die verfassungswidrige Ungleichbehandlung gleichgearteter Akteure.

Der Gedanke liegt nicht fern, daß die politische Abhängigkeit und daraus rührende Einflußnahme auf die Inhalte der geförderten Publikationen es sein könnte, die das eigentliche Ziel der Operation darstellt. Die Politik schafft sich zunehmend publizistische Vorhöfe im öffentlichen Raum. Das Terrain der Staatspresse im Bereich der Kulturperiodika erweitert sich stetig. Nicht die Auflagenstärke macht diesen publizistischen Bereich so attraktiv für Terraineroberungen, sondern Möglichkeiten der Einflußnahme auf die politische Sprache, auf Narrative, auf Framing, auf Themen- und Begriffshegemonie im Vorfeld politischer Diskurse und Debatten. Politisch kulturelle Themen werden hier so abgehandelt, daß es für die Schutzpatrone nicht allzu ungemütlich wird. Allzu kritische Sachverhalte kommen hier kaum aufs Tapet. Die unabhängige Presse wird dabei zunehmend an den Rand gedrängt und erstickt durch

multiple, immer neue Aktivitäten staatsfinanzierter Publikationen, die sich unabhängige Medien mangels Geld schlicht nicht erlauben können. Es wird eine zweite Säule zur freien Presse aufgebaut, eine „Zweikomponenten-Säule“ in Form eines Zangenangriffs aus gedruckten und digitalen Medien. Letztere eröffnen weitere und neue Handlungsfelder.

Hierbei setzt der politische Wille die Handlungsorientierung an jenen Verfassungsgeboten, auf die man sich explizit nach außen hin beruft, außer Kraft.

Abgefaßt von einem hohen politischen Beamten im Auftrag einer Staatsministerin, ist der Ton des anfänglichen negativen Bescheids des BKM vom 22.09.2020 von kühler Sachlichkeit, allerdings maskiert dieser Ton nur eine Tartüfferie, ja eine dreiste Heuchelei, da dem Verfasser vollständig bewußt sein muß, daß die Praxis seines Staatsministeriums den eigenen postulierten Normen zutiefst entgegenläuft.

Betrachtet man den abgeschotteten Bereich der auf intransparente Weise dauersubventionierten Periodika als Ganzes, erhält man den Eindruck, daß die Verantwortlichen in wachsendem Maße die Hemmung verlieren, Verfassungsgebote als etwas anzusehen, das auch ihren eigenen Handlungsspielraum begrenzt. Stattdessen werden diese ignoriert, routiniert umgangen und faktisch außer Kraft gesetzt.

Politiker und Beamte greifen in den Steuersäckel wie ein feudalabsolutistischer Fürst in seine Schatulle, ohne ihre Ausgaben in Bezug auf ein staatsbürgerliches Allgemeininteresses zu rechtfertigen. Dabei fragen sie nicht danach, welche Wirkungen, welche Konsequenzen, welche Beschädigungen sie mit ihren Interventionen und selektiven Zuwendungen anrichten. Überprüfbare Qualitäts- und Leistungskriterien spielen bei den Entscheidungen über Zuwendungen keine Rolle. Wichtig ist, daß diese in der eigenen politisch-kommunikativen Einflußsphäre verbleiben. Die Beeinträchtigung der Lebensfähigkeit und der Interessen der unabhängigen Medien sind aus ihrer Sicht unbeachtliche Kollateralschäden. Marktwirtschaftlicher Erfolg, Leistung, Qualität, Exzellenz werden nicht gewürdigt und honoriert, sondern geradezu bestraft. Eine Zeitschrift mit 2.000 Käufern wird mit Geld überhäuft, eine Zeitschrift mit einem Mehrfachen an Käufern ignoriert und blockiert. Die unsubventionierte Zeitschrift ist dabei perverserweise überdies gezwungen, mit den von ihr gezahlten Steuern Dumpingpraktiken des steuersubventionierten Konkurrenten zu finanzieren.

Hier liegt nichts anderes vor als ein gravierender, dauerhafter politischer Eingriff in den Marktwettbewerb der unabhängigen Presse. Die Wettbewerbsprivilegien der

Subventionsempfänger verzerren den Markt in vielfacher Weise. Keine der genannten Publikationen könnte ohne die künstliche Beatmung durch den Staat überleben. Ihre Staatsabhängigkeit ist total. Es handelt sich um publizistische Staatsanhängsel.

Es gilt, darüber aufzuklären, um auch in diesem überschaubaren, aber wichtigen Bereich wiederherzustellen, was die Autoren der Verfassung im Grundgesetz bestimmt haben: Eine freie Presse, die im Wettstreit agieren kann, ohne daß Regierungen ins Kräftespiel eingreifen. Wird eine solche Ungleichbehandlung auf Dauer toleriert, dann wäre die Presse der Willkür ausgeliefert und politische Machthaber würden entscheiden, welche Zeitschriften oder Zeitungen überleben können und welche sterben müssen. Würde man derartige Interventionen des Staates in den Markt der unabhängigen Presse und die damit einhergehende Kolonisierung der Zivilgesellschaft widerspruchslos akzeptieren, nähme man in Kauf, daß sich Politik und Beamte zu Beherrschern des öffentlichen Raums erheben. Sie bestimmten dann entscheidend über Wohl und Wehe jener Presse, die als „Vierte Gewalt“ als Organ der Beobachtung, Kritik und Kontrolle der Staatsmacht gedacht ist. Von der kritischen Instanz würde die Presse zum zahnlosen Tiger.

ULTIMA RATIO

Angesichts der Kommunikationsverweigerung, der konsequenten Ablehnung jeglicher Gespräche über die Sachverhalte, der weitgehenden Informationsverweigerung der Exekutive bleibt einem Akteur wie *Lettre International* nur die Alternative der Kapitulation vor einer normativen Kraft der verfassungswidrigen Faktizität oder der Entscheidung, diese auf Dauer zerstörerische Wettbewerbssituation juristisch klären zu lassen. Eine Duldung der rechtswidrigen Praxis kommt für *Lettre International* wegen der nachteiligen Auswirkungen auf den Markt für Kulturzeitschriften nicht in Betracht. Nachdem wir den verantwortlichen Behörden unsere umfangreiche gutachterliche Stellungnahme zukommen lassen haben, die sich auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und des Bundesgerichtshofs stützt, und darauf nach langem Warten vom *Auswärtigen Amt* keine und vom BKM die ohne jedes Argument vorgebrachte, herablassend-einsilbige Antwort erhalten haben, daß man unsere Auffassung „nicht teile“ (Frau Dr. Luisa Braun, Schreiben vom 8.09.2021), obwohl sie sich mit der ursprünglichen Stellungnahme der BKM zur staatlichen Finanzierung von Kulturzeitschriften deckt, bleibt uns deshalb nur die Möglichkeit, die Rechtslage gerichtlich klären zu lassen. Wir lassen uns dabei von der Hoffnung leiten, daß ein gerichtliches Urteil beachtet wird. Nur auf diesem Wege können wir unsere elementaren Überlebensinteressen wahren.

Unser Rechtsvertreter wird also nun die gebotenen juristischen Verfahren einleiten, um

die undemokratischen und verfassungswidrigen Praktiken politischer und staatlicher Akteure im Raum der publizistischen Öffentlichkeit feststellen und untersagen zu lassen. Uns wäre eine außergerichtliche Diskussion mit den zuständigen Behörden lieber gewesen. Aber wenn das Gespräch verweigert wird, geht es nicht anders.

Diese Auseinandersetzung verstehen wir auch als grundsätzlich und beispielhafte Auseinandersetzung mit einem Problem, das die unabhängige Presse und ihre zunehmende ökonomisch-politische Gefährdung grundsätzlich betrifft.

Für nähere Informationen schreiben Sie uns an: **lettre@lettre.de**